

HOCHSCHUL-DIENST



INFORMATIONEN AUS DEM WISSENSCHAFTLICHEN LEBEN

Herausgegeben von Dr. Josef Raabe in Zusammenarbeit mit der Westdeutschen Rektorenkonferenz, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst und dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft

JAHRGANG XVII — NR. 20

Bonn, 23. Oktober 1964

AUSGABE A

Förderung der Wissenschaft als Aufgabe

Vortrag von Ministerialdirigent Dr. Scheidemann, Bundesministerium für wissenschaftliche Forschung, vor der 7. Mitgliederversammlung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft am 5. Oktober 1964 in Essen

Infolge der bedauerlichen Erkrankung meines Herrn Ministers habe ich den Vorzug, Ihnen heute in kurzen Zügen über einige Schwerpunkte aus der Arbeit des BMwF zu berichten. Dabei werde ich — im Einverständnis mit dem Herrn Vorsitzenden — die Bereiche Atom- und Weltraumforschung auslassen, so wichtig sie auch sind und so eng gerade hier die Verbindungen zur Wirtschaft sind. Ebenso wenig werde ich auf die Probleme der Bildungsplanung eingehen, da diese zur Zuständigkeit des Bundesministeriums des Innern gehören. Ich werde mich also auf die Grundzüge der allgemeinen Förderung der Wissenschaft beschränken.

Werbung und Förderung durch den Staat

I. Was kann der Staat im allgemeinen und die Bundesregierung im besondern zur Förderung der Wissenschaft tun? Der Staat kann zweierlei tun: werben und fördern.

Einmal kann und muß er immer wieder die hervorragende Bedeutung der Wissenschaft für den Bestand unseres Volkes und unserer Gesellschaft hervorheben. Er muß dabei auf die vielfache Verflochtenheit der Wissenschaft mit allen anderen Lebensbereichen hinweisen, also auf die viel besprochenen Interdependenzen zwischen Wissenschaft und Wirtschaft, zwischen Wissenschaft und Verteidigung, zwischen Wissenschaft und Bildung — um nur die wichtigsten Beispiele zu nennen. Ich würde diesen Bereich als „Werbung für die Forschung“ bezeichnen, also als eine ideelle Förderung der Wissenschaft.

In diesem Bereich nutzt das Forschungsministerium jeden Anlaß — eine Bundestagsdebatte, ein telegrafisches Grußwort für einen wissenschaftlichen Kongreß, einen Schriftwechsel mit Gelehrten, Politikern oder Wirtschaftlern —, um für die Wissenschaft und ihre Förderung zu werben.

Ich freue mich, sagen zu können, daß die Bemühungen der Bundesregierung in diesem Fall auf das wirksamste durch den Stifterverband unterstützt werden. Was der Staat auf diesem Gebiet anstrebt, ist genau das, was der Stifterverband der Öffentlichkeit vorhält

Keine Zukunft ohne Forschung und Lehre!

Kein Fortschritt ohne wissenschaftlichen Nachwuchs!

Keine Wirtschaft ohne Wissenschaft!

Vernünftige Planung Voraussetzung für die Förderung

II. Die Werbung für die Wissenschaft dient aber nur dazu, die konkrete Förderung der Wissenschaft vorzubereiten, die das hauptsächliche Arbeitsgebiet des Forschungsministeriums bildet. Das Forschungsministerium fördert die Wissenschaft, indem es plant und zahlt. Wer begrenzte Mittel mit dem größten wirtschaftlichen Nutzen einsetzen will, muß dafür Voraus-Überlegungen anstellen, d. h. planen. Eine vernünftige Planung ist also die Voraussetzung für die Förderung der Wissenschaft mit öffentlichen Mitteln, die naturgemäß begrenzt sind. Bevor ich diese doppelte Tätigkeit des Forschungsministeriums an Beispielen beschreibe, möchte ich mit aller Deutlichkeit darauf hinweisen, daß die Förderung der Wissenschaft in Deutschland eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern ist. Das ergibt sich einmal aus der bekannten Bestimmung in Art. 74 Ziff. 15 GG. Dort ist dem Bund die Zuständigkeit für die konkurrierende

rende Gesetzgebung für die Förderung der wissenschaftlichen Forschung zugestanden. Daß die Förderung der Forschung von Bund und Ländern gemeinsam betrieben werden muß, ergibt sich aber auch aus der Sache selbst: Wenn man einmal bedenkt, daß Forschung in großem Umfang an den Hochschulen betrieben wird und daß alle Hochschulen Einrichtungen der Länder sind, und wenn man sodann berücksichtigt, daß Forschung, besonders die Großforschung in den Naturwissenschaften, sehr aufwendig ist und die Finanzkraft der Länder unterschiedlich groß ist, wird klar, daß hier alles auf ein vernünftiges Zusammenwirken von Bund und Ländern ankommt.

Dieses Zusammenwirken von Bund und Ländern setzt eine Verabredung beider Seiten darüber voraus, was gefördert wird und wie hoch die Beiträge beider Seiten sein sollen. Eine solche Verabredung zwischen Bund und Ländern hat sich bereits im Falle des Wissenschaftsrates auf das beste bewährt.

Das Forschungsministerium hat die These von der gemeinsamen Aufgabe beharrlich verfolgt und ist bisher nicht auf Anregungen eingegangen, ein Forschungsgesetz des Bundes vorzubereiten. Wir freuen uns deshalb aufrichtig, daß nach jahrelangen Verhandlungen nunmehr am 4. Juni 1964 das Abkommen zwischen Bund und Ländern zur Förderung von Wissenschaft und Forschung unterzeichnet werden konnte. Auf diese Weise ist die Zusammenarbeit von Bund und Ländern auf diesem Gebiet erheblich stabilisiert worden.

Schwerpunkte der Forschungs-Förderung

III. Sachlich regelt das Abkommen die Schwerpunkte der Forschungsförderung, nämlich den Hochschulbau, die Hilfen für die DFG und MPG sowie für die Studienförderung. Ein kurzer Überblick über dieses Gebiet ergibt folgendes Bild:

a) Ausbau der bestehenden Hochschulen: 1964 stehen beim BMwF 250 Mio. DM dafür zur Verfügung. Diese Summe bleibt hinter dem vom Wissenschaftsrat errechneten Bedarf der Hochschulen zurück. Nach dem Entwurf des Bundeshaushalts für 1965 werden 300 Mio. DM bereit

INHALT

Kultusminister über Bildungsplanung einig . . .	3
Kulturprogramm der CDU für Nordrhein-Westfalen	4
Nobelpreis für Medizin verliehen	4
Sozialpolitik ohne Ideologien	5
DAAD sucht Deutsch-Lektoren für Hochschulen in Übersee	6
Jedem das Seine, nicht jedem das Gleiche . . .	7
Stand des Aufbaues der Ruhr-Universität Bochum	8
Kurz berichtet	9
Aus der Arbeit der Studentenschaft	12
Personalia	12
Aus Wissenschaft und Kultur hören Sie . . .	15

stehen; auch dieser Betrag erreicht nicht die vom Wissenschaftsrat empfohlene Summe von 400 Mio. DM.

All diese großen Mittel sind glatt, also ohne Haushaltsreste, abgeflossen. Auch reichen die Baukapazitäten in allen Bundesländern zur Bewältigung dieser Summen aus.

b) Für die Förderung der DFG und der MPG sieht das Verwaltungsabkommen gleiche Anteile von Bund und Ländern vor, und zwar für die DFG insgesamt 116 Mio. DM und für die MPG insgesamt 144 Mio. DM.

c) Auch für das Honnefer Modell tragen Bund und Länder die Kosten in Höhe von 100 Mio. DM je zur Hälfte. Über den Zahlenangaben darf natürlich nicht die qualitative Seite dieser Probleme vergessen werden. Wir stehen bei der Förderung der Wissenschaft vor einer doppelten Aufgabe: Einmal für die Expansion der wissenschaftlichen Möglichkeiten zu sorgen und zugleich eine zeitgemäße Form für die wissenschaftliche Arbeit zu finden, also eine Reform anzustreben.

Ständige Kommission von Bund und Ländern

IV. Wichtiger noch als die Regelung der finanziellen Seite ist die Einsetzung einer Ständigen Kommission in dem Bund-Länder-Abkommen. Sie wird von Bund und Ländern gemeinsam besetzt werden, und zwar so, daß auf Bundesseite der Bundeskanzler sowie der Forschungsminister, der Innenminister, der Finanzminister, der Bundesratsminister und voraussichtlich der Wirtschaftsminister vertreten sind, während die Länder die Regierungschefs von Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Niedersachsen und Hamburg sowie den Finanzminister von Nordrhein-Westfalen und den Kultusminister von Hessen entsenden.

Die Aufgabe der Ständigen Kommission ist die „gegenseitige Unterrichtung und gegenseitige Abstimmung“ von Bund und Ländern. Sie kann und muß verhindern, daß Bund und Länder bei der Förderung der Wissenschaft von verschiedenen Gesichtspunkten ausgehen und sich so auseinander entwickeln. Zu den Aufgaben der Ständigen Kommission wird auch die Beratung über etwaige weitere Abkommen gehören, also etwa über einen Bildungsrat oder über ein Abkommen für die neuen Hochschulen.

Finanzierung neuer Hochschulen

V. Zu den Gegenständen, die nicht in dem genannten Bund-Länder-Abkommen geregelt sind, gehören die neuen Hochschulen. Es ist bekannt, daß die Finanzierung neuer Hochschulen allein unter den Ländern abgesprochen ist in der Weise, daß ein Investitionsfonds in Höhe von rd. 3 Mia. DM aus Beiträgen aller Länder gebildet werden soll. Aus diesem Fonds sollen diejenigen Länder Zuschüsse erhalten, die neue Hochschulen bauen. Der Bund ist aufgefordert, diesem Abkommen beizutreten. Die Bundesregierung ist grundsätzlich bereit, den Bau neuer Hochschulen mitzufinanzieren. Zum Beweis dieser Bereitschaft hat sie in den Haushalt 1965 einen Leertitel eingearbeitet. Über die Modalitäten seines Beitritts muß jedoch noch verhandelt werden, da der Bund kaum in der Lage sein wird, zu den jetzigen Bedingungen seinen Beitritt zu erklären. Bei diesen Verhandlungen müßte sichergestellt werden, daß die Neugründungsvorhaben dem Wissenschaftsrat vorgelegt werden, da das Wort „Wissenschaftsrat“ in dem bisherigen Abkommen nicht vorkommt. Auch müßte ins Auge gefaßt werden, daß etwaige Zahlungen des Bundes echte zusätzliche Zahlungen sind und daß er, wenn er schon mitzahlt, auch an der Verwaltung des Investitionsfonds beteiligt wird.

Bericht der Bundesregierung über die Lage der Wissenschaft

VI. Alle diese finanziellen Hilfen, die der Bund für die Wissenschaft zahlt oder anstrebt, sind wichtig für den gegenwärtigen Augenblick. Die Bundesregierung würde jedoch ihre Pflicht versäumen, wenn sie sich nicht auf die kommenden Entwicklungen sorgfältig vorbereitete. Sie muß also planen. Nur wenn die mutmaßlichen Linien der Entwicklung und der damit nötig werdende Finanzbedarf abgeschätzt werden, kann die öffentliche Hand wie ein guter Haushalter vorausschauend planen, sich einrichten und Prioritäten feststellen. Dabei geht es — wohlgemerkt — nicht etwa um eine Planung der Forschung, sondern um eine Planung der Finanzmittel für die Forschung.

Die Bundesregierung wird auf eine entsprechende Bitte des Bundestages einen „Bericht über die Lage der Wissenschaft“ vorlegen. Dieser Bericht wird voraussichtlich sowohl eine Bestandsaufnahme über den derzeitigen Stand der Forschungsförderung durch den

Bund enthalten als auch eine Vorausschätzung des Bedarfs für Wissenschaft und Forschung für die nächsten fünf Jahre. Dem Zahlenteil soll ein Katalog von zu fördernden Wissenschaftsgebieten (Schwerpunkte) gegenübergestellt werden.

Voraussichtliches Ergebnis wird sein: Die Anforderungen an den Bund für die Förderung der Wissenschaft werden sich in den nächsten Jahren verdoppeln, sich teilweise sogar noch stärker vermehren.

Der kommende Bericht der Bundesregierung, der im Zusammenhang mit der „Bedarfsfeststellung der Länder 1963 — 1970“ gesehen werden muß, wird dann den Gesamtbedarf für die Förderung der Forschung für die nächste Zukunft erkennen lassen. Es wird dann Sache der Finanzminister sowie der Parlamente beim Bund und in den Ländern sein zu entscheiden, in welchem Umfang der Bedarf von Jahr zu Jahr — auch im Zusammenhang mit den anderen Staatsaufgaben — gedeckt werden kann. Auch hier hoffe ich auf eine werbende Wirkung des Berichts. Er kann helfen, die vom Bundesfinanzministerium eingeleiteten „längerfristigen Haushaltsüberlegungen“ wirkungsvoll vorzubereiten.

Förderung der Wissenschaft im Bund 1965 zurückversetzt VII. Wenn man sich über den künftigen Bedarf klar werden will, stößt man immer wieder auf folgendes Dilemma:

Einerseits sind die Forschungsthemen der Wissenschaft und damit ihre Geldwünsche praktisch unbeschränkt. Andererseits sind die öffentlichen Mittel naturgemäß begrenzt. Es ist daher unvermeidlich, von Jahr zu Jahr zwischen Wünschen und vorhandenen Mitteln eine erträgliche mittlere Lösung zu finden.

Selbst wenn man aber auf einer solchen mittleren Linie den Bedarf für die Forschung feststellt, gerät man in eine weitere Schwierigkeit, wenn man nunmehr den Forschungsbedarf den übrigen Staatsnotwendigkeiten gegenüberstellt:

Die Wissenschaftspolitik ist eine der vordringlichsten Aufgaben der Bundesregierung, eben wegen ihrer Bedeutung für den Fortschritt und den Wohlstand unseres

Sie fragen —
wir antworten

Können BHW- Sparer auch ein Fertighaus erwerben?



Unsere Sparer bestimmen selbst, wann, wo und wie ihr Bauvorhaben baulich und rechtlich durchgeführt werden soll. Es bleibt also Ihnen überlassen, ob Sie Ihre Heimstätte als Fertighaus oder in der herkömmlichen Massivbauweise errichten. Über nähere Einzelheiten unterrichtet Sie unsere Schrift „Ein Fertighaus für Sie“.

Auf Wunsch senden wir Ihnen diese Schrift gern kostenlos.



Beamtenheimstättenwerk
Gemeinnützige Bausparkasse für den öffentlichen Dienst

325 Hameln · Kastanienwall · Telefon (05151) 7401

Landes. Sie ist aber nicht die einzige, sondern nur eine unter mehreren vordringlichen Regierungsaufgaben. Andere staatliche Aufgaben sind genauso entscheidende Voraussetzungen für den Bestand unseres Lebens und unserer Freiheit, z. B. eine zeitgerechte Sozialpolitik, eine moderne Defensiv-Rüstung, eine zeitgemäße Verkehrspolitik. Es wird immer wieder darauf ankommen, die verschiedenen Staatsaufgaben in ein vernünftiges Gleichgewicht zueinander zu bringen.

Da unsere öffentlichen Mittel nicht ausreichen, um alle Staatsaufgaben im gewünschten Umfang zu fördern, müssen notgedrungen Prioritäten für vordringliche Aufgaben aufgestellt werden. Die Bundesregierung hat für den Haushalt 1964 zum ersten Male solche Prioritäten in einem Katalog zusammengefaßt. Es sind dies die öffentlichen Aufgaben, für die eine Steigerung um mehr als 6 % Prozent, also über den Zuwachs des Brutto-Sozialprodukts hinaus, vorgesehen ist, und zwar

Sozialpolitik	+ 2,01 Mrd DM + 20,1 %
Wissenschaft (nur BMwF nicht Ressortforschung)	+ 119 Mio DM + 15,4 %

Daß die Wissenschaftspolitik unter den genannten Prioritäten erscheint, läßt den Rang erkennen, den die Bundesregierung dieser Aufgabe zuerkennt.

Für 1965 ist das vorläufige Bild der Prioritäten nach dem Entwurf des Haushaltsplanes des Bundes folgendes:

1. Wirtschaftliche Zusammenarbeit	+ 30 %
2. Wohnungsbau	+ 22,6 %
3. Wirtschaft	+ 19 %
4. Wissenschaft	+ 15,5 %

Kultusminister über Bildungsplanung einig

Kompromiß zwischen Hahn-Plan und Evers-Projekt — Ministerpräsidentenkonferenz hat nun das Wort

Die Konferenz der Kultusminister hat sich über die Organisation der Bildungsplanung sowie über einen Aktions- und Zeitplan für bildungspolitische Sofortmaßnahmen geeinigt. In der Sondersitzung der Konferenz am 19. und 20. Oktober wurde ein Kompromiß zwischen dem Plan des baden-württembergischen Kultusministers Prof. Dr. Hahn zur Gründung einer Bildungskommission beim Wissenschaftsrat und den Vorschlägen des Berliner Schulsenators Carl-Heinz Evers für ein Sofortprogramm gefunden.

Die Kultusministerkonferenz empfahl den Ministerpräsidenten den Abschluß eines Verwaltungsabkommens zwischen Bund und Ländern über die Errichtung eines Bildungsrates, der in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftsrat langfristige Planungen und die aus der Entwicklung notwendigen Zielvorstellungen für die verschiedenen Bereiche des Kultur- und Bildungswesens erarbeiten soll. Er soll insbesondere Vorschläge für Zahl, Struktur und Finanzbedarf der Ausbildungseinrichtungen vorlegen. Der wachsende Anspruch der Bevölkerung auf qualifizierte Bildungseinrichtungen und der steigende Bedarf von Staat und Gesellschaft an ausgebildeten Menschen sollen Bestandteil dieser Planungen werden.

Der Bildungsrat soll durch die Länder im Einvernehmen mit der Bundesregierung errichtet werden und aus einer Bildungskommission und einer Verwaltungskommission bestehen. Die Mitglieder der Bildungskommission sollen nach Beratung in der Kultusministerkonferenz von den einzelnen Landesregierungen entsprechend dem Verhältnis der Stimmen ihrer Länder im Bundesrat berufen werden. Die Mitglieder sollen Wissenschaftler oder anerkannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sein oder durch ihre dienstliche oder berufliche Tätigkeit dem Bildungswesen nahestehen. Die Kultusminister der Länder sollen die Verwaltungskommission bilden.

Der Bund und die Gemeinden sollen innerhalb ihrer Zuständigkeiten in dieser Kommission mitwirken. Der Umfang dieses Mitwirkungsrechtes — Beratungsrecht, volles oder teilweises Stimmrecht — soll später von den Ministerpräsidenten gemeinsam mit der Bundesregierung geklärt werden. Die Kultusminister legten Wert darauf, daß dabei die verfassungsmäßige Ordnung gewahrt bleibt. Der Präsident der Kultusministerkonferenz soll den Vorsitz im Bildungsrat und in der Verwaltungskommission übernehmen. Für bestimmte Aufgabenbereiche sollen bei der Bildungskommission ad-hoc-Kommissionen geschaffen werden. Ein Koordinierungsausschuß soll den Bildungsrat mit dem Wissenschaftsrat verbinden.

Die Förderung der Wissenschaft ist also von dem 2. auf den 4. Platz verwiesen.

Gemeinsame Aufgabe von Staat und Wirtschaft

VIII. Die Motive, aus denen man Wissenschaft fördert, lassen sich in vielfältiger Weise umschreiben. Man kann u. a. darauf hinweisen, daß heute Stand und Umfang aller Produktion abhängig sind nicht nur von den klassischen Faktoren „Arbeit und Kapital“, sondern in steigendem Umfang von dem dritten Faktor „Bildung“. Von da her wird besonders deutlich, daß alle Aufwendungen der öffentlichen Hand und der Wirtschaft „Investitionen“ sind und kein Luxus, auf den notfalls auch verzichtet werden könnte.

So gesehen ist die Förderung der Wissenschaft schließlich eine gemeinsame Aufgabe von Staat und Wirtschaft. Das Forschungsministerium, das sich bemüht, der Anwalt der Wissenschaft zu sein, ist dem Stifterverband dankbar, nicht nur für die Bereitstellung von Geldmitteln, sondern fast noch mehr für die ständige Öffentlichkeitsarbeit für die Forschung. Die Forschungswerbung ist eine Aufgabe, die der Staat — statisch, wie er nun einmal organisiert ist — nur unzureichend bewältigen kann. Umso dankbarer ist er für die dynamische Initiative und den Einsatz des Stifterverbandes.

Einig sind Regierung und Stifterverband darin, daß für die Forschung noch weit mehr getan werden muß als bisher. Schließlich hängt von der Breite und der Qualität unserer wissenschaftlichen Bildung nichts geringeres ab, als unsere Zukunft und die unserer Kinder.

Der Hahn-Plan war schon in einer Vorbesprechung der CDU/CSU-Kultusminister in München vor allem am bayerischen Widerstand gescheitert. Kultusminister Mikat, der ursprünglich den Hahn-Plan begrüßt hatte, unternahm einen Vermittlungsversuch zwischen den sozialdemokratischen und den christlich-demokratischen Kultusministern, der auch Erfolg hatte. Die sozialdemokratischen Bedenken wurden dadurch ausgeräumt, daß zwischen der Gründung des Bildungsrates und den Beschlüssen über einen Aktions- und Zeitplan für Sofortmaßnahmen ein Junktim hergestellt wurde. Die Kultusministerkonferenz wird diesen Plan auf ihrer nächsten Sitzung Mitte Dezember in Stuttgart erörtern.

Der Hahn-Plan unterschied sich beträchtlich von dem jetzt einstimmig gefaßten Beschluß der Kultusministerkonferenz. Er sah eine weitgehende Zentralisierung der Bildungsplanung und die Schaffung eines nationalen Bildungsplanes vor und betonte sehr stark die Mitwirkung des Bundes. Die Kultusministerkonferenz trat in diesem Plan gegenüber dem Bildungs- und Wissenschaftsrat in ihrer Bedeutung erheblich zurück. Der Bildungsrat nach den Vorstellungen der Kultusminister soll in größter Nähe zur Kultusministerkonferenz angesiedelt werden. „Die Kultusminister können nicht aus der Verantwortung entlassen werden“, formulierte Mikat in einer Pressekonferenz in Bonn. Die Mitwirkung des Bundes hat sich nach den Vorstellungen der Kultusminister an seine Zuständigkeiten zu halten, so sehr sie auch gewünscht wird. Es wird für denkbar gehalten, daß für einzelne Fragen nur ein Beratungsrecht, für andere Fragen ein Stimmrecht eingeräumt wird.

Die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz werden auch ihre Auswirkungen in andere Richtung zeigen. Dem Bundestag liegt ein Koalitionsantrag der CDU/CSU und der FDP vor, mit dem die Bundesregierung ersucht wird, mit den Ländern über einen Bildungsrat nach den Hahnschen Vorstellungen zu verhandeln. Während die SPD in dem von ihr vorgeschlagenen Spitzengespräch der Parteien ein Sofortprogramm zur Kulturpolitik zugrundelegen wollte, harte der CDU-Vorsitzende Dr. Konrad Adenauer den Hahn-Plan als Gesprächsgrundlage angeregt. Bei beiden Ergebnissen, für die noch kein Termin bekannt ist, entsteht nach den Beschlüssen der Kultusministerkonferenz eine neue Situation. Vorerst haben die Ministerpräsidenten in ihrer Hamburger Tagung das Wort.

Der Aktions- und Zeitplan

Der Aktions- und Zeitplan zu kulturpolitischen Sofortmaßnahmen sieht sieben Punkte vor:

- Verstärkte und vermehrte Maßnahmen zur Beseitigung des Lehrermangels durch Ausbildung von Fachlehrern für technische und musische Fächer sowie für Leibbeserziehung, Verbesserung der Lehrerbesoldung, Erhöhung der Zahl von Verwaltungs- und Schulhilfskräften für nicht-pädagogische Arbeiten in den Schulen.
- Realisierung der Beschlüsse über die Einführung des neuen Vollzeitschuljahres in allen Ländern.
- Einführung bzw. Erhöhung des Angebots im fremdsprachlichen Unterricht von Klasse fünf an in allen Schulen.
- Förderung des ländlichen Schulwesens durch Schaffung ausreichend gliederteter Schulen.
- Förderung und Erschließung der Begabungsreserven in Stadt und Land durch Schaffung von Möglichkeiten zum Erwerb weiterführender Schulabschlüsse: Errichtung weiterer Aufbauformen und Übergänge von höheren Fachschulen zur Hochschule.

- Verstärkte Förderung von Schulversuchen entsprechend der Erklärung der 100. Kultusministerkonferenz in Berlin sowie Erprobung von Tages- und Tagesheim-schulen in den einzelnen Ländern.
- Ausbau des Systems der Erziehungsbeihilfen sowie Bereitstellung von Mitteln zur Deckung der Beförderungskosten im ländlichen Schulwesen.

Das Düsseldorfer Abkommen

Die Novellierung des Düsseldorfer Abkommens, die ebenfalls von der Konferenz einstimmig beschlossen wurde, hat eine behutsame Reform des Gymnasiums zum Gegenstand. Daneben werden andere Fragen der Vereinheitlichung des Schulwesens, insbesondere die Schaffung von Aufbauschulen zur Erleichterung des Übergangs zwischen den verschiedenen Schultypen, geregelt. Die Ministerpräsidentenkonferenz in Hamburg wird endgültig über dieses Abkommen beraten. Wir berichten in unserer nächsten Ausgabe darüber ausführlich. Tr.

Kulturprogramm der CDU für Nordrhein-Westfalen

Ein umfangreiches, kulturpolitisches Programm hat die CDU-Fraktion Nordrhein-Westfalen während einer Klausurtagung aufgestellt. Dieses bildungspolitische Aktionsprogramm, das in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode des Landesparlamentes Nordrhein-Westfalen realisiert werden soll, sieht u. a. neben der im Bau befindlichen Ruhr-Universität, die Errichtung einer weiteren Universität im Ostwestfälischen Raum vor. Diese Universität soll nach den Vorstellungen der CDU einen vollkommen neuen Typus erhalten und vielleicht sogar — zumindest klang so etwas bei den Beratungen durch — eine Forschungsuniversität werden. Bereits im Etat 1965 sollen Vorarbeitskosten zur Durchführung genauer Untersuchungen über Größe, Konzeption und Standort vorgesehen werden. In der Frage der pädagogischen Hochschulen ist sich die CDU-Fraktion mit den Empfehlungen des vom Kultusminister Prof. Mikat eingesetzten Experten-ausschusses einig. Nach diesen Empfehlungen sollen jeweils fünf der fünfzehn bestehenden pädagogischen Hochschulen zu einer Einheit zusammengefaßt werden, so daß dann drei „Mutterhochschulen“ entstehen würden, die in Köln, Dortmund und Münster ihren Sitz haben werden. Für jede dieser drei Hochschulen ist ein Rektor, ein Senat und ein Kanzler vorgesehen. Man erwartet sich von dieser Zusammenfassung eine Stärkung der Selbstverwaltung und bessere Voraussetzungen für die Schaffung zentraler wissenschaftlicher Einrichtungen. Außerdem glaubt man auf diese Weise die Zusammenarbeit mit den Universitäten verbessern zu können. Der konfessionelle Charakter der bestehenden pädagogischen Hochschulen soll jedoch davon unberührt bleiben. Keine Klarheit besteht in der CDU jedoch darüber, wie sich eine solche Zusammenarbeit gestalten soll, wenn die bestehenden wissenschaftlichen Hochschulen auf dem Standpunkt stehen, daß konfes-

sionelle Bindungen mit dem Charakter wissenschaftlicher Hochschulen unvereinbar sind.

Die Studenten an den pädagogischen Hochschulen sollen nach den „Empfehlungen zur Neugliederung der Pädagogischen Hochschulen“ künftig bessere Möglichkeiten haben, ihr Studium stärker auf bestimmte Fächer zu konzentrieren. Außerdem wird die Einrichtung einer akademischen Prüfung (Dipl. Päd.) vorgeschlagen, sie jedoch nicht mit der ersten Lehrprüfung identisch ist, sondern ein zusätzliches wissenschaftliches Studium voraussetzt.

Zur Behebung des Lehrermangels erscheint es der CDU notwendig, weiterhin geeignete Aushilfskräfte kurzfristig auszubilden und verheirateten Lehrerinnen auch bei verminderter Stundenzahl die Möglichkeit zu geben, im Beamtenverhältnis tätig zu sein.

Zur Entwicklung des Schulwesens fordert die CDU die Einführung des neunten Schuljahres auch für Nordrhein-Westfalen und die Einführung einer Fremdsprache in der Volksschule ab dem fünften Schuljahr. In ihren weiteren Empfehlungen für die Neuorganisation des Schulwesens (Schaffung von Aufbauformen, für einen leichteren Übergang auf weiterführenden Schulen; Errichtung von Mittelpunktschulen auf dem Lande) hält sich die CDU des Landes Nordrhein-Westfalen an die in Berlin erarbeiteten Vorschläge der Kultusministerkonferenz.

Offenbar hat sich die CDU-Fraktion des Landtages von Nordrhein-Westfalen die Auffassung zu eigen gemacht, daß der bildungspolitischen Offensive der SPD nicht mit Verzögerungstaktik erfolgreich begegnet werden kann, sondern nur durch eigene Initiative für einen konkreten Ausbau und durch geeignete Entwicklungsmaßnahmen im Bildungswesen. Prof. Mikat hat diese Empfehlungen in der Zwischenzeit bereits dem Landtag zugeleitet. J. P.

Nobelpreis für Medizin verliehen

Nobelpreisträger für Medizin sind in diesem Jahr der Direktor des Max-Planck-Instituts für Zellchemie in München, Prof. Dr. Feodor Lynen, und der Deutsch-Amerikaner Prof. Konrad Block vom Chemischen Institut der Harvard-Universität in Cambridge (USA). Beide Gelehrte erhielten zu gleichen Teilen den Preis für ihre Forschungen über den Mechanismus und die Regulation des Cholesterin- und Fettsäure-Stoffwechsels.

Das karolinische Institut in Stockholm betonte in seiner Würdigung der wissenschaftlichen Leistung der beiden Gelehrten, sie hätten mit ihren Arbeiten wesentliche Erkenntnisse für die Behandlung von Kreislaufkrankheiten gewonnen. Prof. Lynen hat zuerst eine chemische Verbindung isoliert, die im Fettsäure-Stoffwechsel von besonderer Bedeutung ist. Prof. Block habe den Aufbau des Cholesterins erforscht und gelehrt.

Prof. Lynen entstammt einer Professoren-Familie und wurde am 6. April 1911 in München geboren. Er studierte als Chemiker an der Münchener Universität und wurde 1953 zum Ordinarius ernannt. Er ist Ehrendoktor der Universität Freiburg, Träger des ersten Carus-Preises der Stadt Schweinfurt und der Justus-Liebig-Gedenkmünze.

Seine Gattin ist eine Tochter des Chemikers und Nobelpreisträgers Heinrich Wieland.

Auch Prof. Block, am 21. Januar 1919 in Neisse in Oberschlesien geboren, hat an der Technischen Hochschule München studiert, promovierte 1938 an der Columbia-Universität in den Vereinigten Staaten und ist seit 1944 amerikanischer Staatsbürger. Er lehrte zunächst an der Universität Chicago und wirkt seit 1950 an der Harvard-Universität.

Der Nobelpreis ist in diesem Jahre mit etwas über 200 000 DM dotiert und wird am 10. Dezember in Stockholm vom schwedischen König überreicht.

Neuwahlen im Stifterverband

Anlässlich der 7. Mitgliederversammlung des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft am 5. Oktober 1964 haben sich im Vorstand des Stifterverbandes folgende Änderungen ergeben:

Neu hinzugewählt wurden: Generaldirektor A. Haase, Vorsitzender des Vorstandes der Allianz-Versicherungs AG; Generaldirektor Dr. H. Ley, Vorsitzender des Vorstandes der

Sozialpolitik ohne Ideologie

Eine DFG-Denkschrift durchbricht Tabus — „Soziale Umverteilung“ im Mittelpunkt der Forschung

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat ein Tabu politischen Denkens durchbrochen: Ihre „Kommission für dringliche sozialpolitische Fragen“ hat in einem Pressegespräch am 8. Oktober über das Thema „Soziale Umverteilung“ eine dringende Mahnung an die deutsche Sozialpolitik quer durch alle Parteien und Verbände gerichtet. Die Denkschrift, die an diesem Tage offiziell der Öffentlichkeit vorgelegt wurde, erstrebt eine „Sozialpolitik ohne Ideologien“ und möchte einen Beitrag zu einer neuen auf fast zehnjähriger wissenschaftlicher Untersuchung basierenden neuen Konzeption der Sozialpolitik leisten.

Die Kommission — ihr gehören führende deutsche Sozialwissenschaftler unter Vorsitz von Prof. Dr. Achinger / Frankfurt an — hat zum erstenmal eine prinzipielle Frage der Sozialpolitik aufgegriffen. Die scharfe These der Kommission lautet: „Die öffentlichen Aufwendungen für die soziale Sicherheit (Umverteilungsleistungen) in der Bundesrepublik übertreffen alles früher in der deutschen Sozialgeschichte Geleistete; in ihrer Gesamtheit und gemessen am Bruttosozialprodukt übertreffen sie auch die Leistungen der vergleichbaren ausländischen Systeme sozialer Sicherheit in der Gegenwart. Dennoch besteht die Gefahr, daß das eigentliche Ziel aller Sozial- und Gesellschaftspolitik, Wohlfahrt und Würde der Person in einem gesunden Gesellschaftsaufbau zu mehren, immer häufiger verfehlt wird.“ Die Kommission sieht die Ursache dieser Entwicklung darin, daß es in der deutschen Sozialpolitik an einer Gesamtkonzeption und an einer einheitlichen Planung fehlt. Die Kommission kritisierte isolierte „politische Aktionen von Fall zu Fall“, das Fehlen einer einheitlichen Konzeption und die Existenz von mindestens sechs mit sozialpolitischen Fragen befaßten Bundesministerien.

Die Kommissionsmitglieder haben mit einer in der Bundesrepublik bisher unbestrittenen und schon fast traditionellen Einschätzung der Sozialpolitik und ihrer Erfolge gebrochen. Sie formulierten: „Die bisher übliche abschließliche Betrachtung der ausgewiesenen sozialen Leistungen ergibt kein richtiges Bild des sozialpolitischen Effektes.“ Die Wissenschaftler meinen, daß sich die Beurteilung der Sozialpolitik nicht nur an den sozialen Leistungen auszurichten, sondern kritisch die Methoden zu betrachten habe, mit denen die Leistungen finanziert werden. Ihr Urteil geht dahin: Die Politik zur Aufbringung dieser Mittel orientiert sich nicht an der Leistungsfähigkeit des Einzelnen. Ihre negativen Wirkungen zeigten sich vor allem bei den kleinen und mittleren Arbeitnehmereinkommen.

Hier taucht nach Ansicht der Kommission ein fast paradoxes Phänomen auf: Während Einkommens- und Lohnsteuer auch heute noch der individuellen Leistungsfähigkeit entsprechend erhoben werden, wird die von diesen Steuern angestrebte Angemessenheit der Belastung der

Arbeitnehmer infrage gestellt durch die proportionale Ausgestaltung der Sozialabgaben. Der Arbeitnehmer muß heute bereits an Sozialabgaben, an direkten und indirekten Steuern fast bis zu einem Drittel seines Einkommens abgeben.

Diesen einschneidenden Eingriffen steht, wie die Kommission in ihren Feststellungen bemerkt, eine sozialpolitisch bedenkliche Tatsache gegenüber. Eine große Zahl von Menschen bezieht neben einem ausreichenden Arbeitseinkommen eine öffentliche Rente, die aus wesentlich geringerem Einkommen anderer Arbeitnehmer mitfinanziert wird; andererseits erhält die Mehrzahl der Ein-Personen-Rentner-Haushalte — vor allem die Witwen — kein genügendes Einkommen. Prof. Achinger sagte in seiner Besprechung der Denkschrift vor den Journalisten, es sei an der Zeit, diese ungerechte Wirkung der Sozialpolitik einmal kritisch zu überdenken.

Die Kommission erhob einen zweiten prinzipiellen Einwand gegen die offizielle deutsche Sozialpolitik: Eine Umschichtung der Einkommen finde im wesentlichen nur von den Erwerbstätigen zu den Nichterwerbstätigen statt. Vernachlässigt und beeinträchtigt werde der sozialpolitische Ausgleich zwischen wirtschaftlich starken und sozial schwachen Gruppen, der ein wichtiges Motiv für die Progression in der Einkommensbesteuerung sei. Die hohe Belastung der Arbeitnehmereinkommen beeinträchtige erheblich die Wirkungen dieser Progression.

Die Kommission meldete eine sehr konkrete Forderung an: Bei der Anspannung auf der Aufbringungsseite der sozialen Leistungen sollen alle neu hinzukommenden Leistungsversprechen, die sozialpolitisch nicht dringend erforderlich sind, unterbleiben.

Die Untersuchungen, die im Auftrage der Kommission angestellt wurden, haben ergeben, daß in der Gesellschaft der Gegenwart schon heute zwei verschiedene Einkommensarten bestehen: Ein Arbeitseinkommen und ein Sozialeinkommen. Die Schaffung und Vermehrung der verschiedensten Arten von Sozialeinkommen führe schon heute zu einer sozialpsychologisch unerwünschten „Denaturierung“ des Lohnes. Die Bedeutung des auf eigener Leistung beruhenden Einkommens werde dadurch in bedenklichem Maße gemildert. Die private Vorsorge werde zum Beispiel — vom Grundstückserwerb und der Unternehmensbeteiligung abgesehen — durch die für staatliche Umverteilungsleistungen, insbesondere Renten, geschaffenen Dynamik diskriminiert.

Am härtesten ist das Urteil der Kommission über den Erfolg dieser Sozialpolitik. Sie macht deutlich, daß trotz unvergleichbar großer sozialen Leistungen in weiten Teilen der Bevölkerung nicht das Gefühl sozialer Sicherheit vermittelt werden konnte. Bisherige Sozialpolitik in der Nachkriegszeit sei „durchweg von der Fiktion ausgegangen, als ob schon die fortlaufende Steigerung von Rentenausgaben eine befriedigende Gesellschaftsreform sei.“ „Die weitverbreitete Vorstellung, daß die Erhöhung von Umverteilungsleistungen bereits sozialen Fortschritt bedeutet, ist irrig.“

Die Kommission bezieht demgegenüber eine andere Position. Sie betont, der Mensch gewinne Sicherheit nicht nur durch rechtlich begründete Unterstützungen und Hilfeleistungen der Gesellschaft, sondern vor allem auch durch das Bewußtsein seiner Freiheit, seiner geistigen und materiellen Selbsthilfefähigkeit.

Die Kommission der DFG möchte das Schwergewicht der Sozialpolitik verlagern. Sie befürchtet, daß eine ständig in ihrem Volumen steigende Umverteilungspolitik nicht mehr genügend Mittel für Investitionen in sozial relevanten Bereichen läßt. In dem Bericht heißt es: „Durch eine Stärkung aller der Erziehung dienenden Institutionen kann in der Zukunft eine Besserung herbeigeführt werden. Mit anderen Worten: Investitionen im Bereich des Gesundheits- und Bildungswesens scheinen den Wissenschaftlern angebrachter zu sein, als eine Rentenpolitik, die nicht auf wirkliche Bedürfnisse, sondern immer nur auf höhere Leistungen ausgerichtet ist.“

Prof. Achinger betonte vor den Journalisten, die Kommission habe keine Patentrezepte liefern wollen. Bewußt habe sie versucht, gerade noch vor den Wahlen Sozialpolitikern ihren grundsätzlichen Ansatz sozialpolitischen Denkens einmal vorzuführen. Aus den Worten Achingers klang heraus, daß die Kommission anstrebt, Politikern

Metallgesellschaft AG; Generaldirektor Dr. h. c. K. Lotz, Vorsitzender des Vorstandes der Brown Boveri & Cie. AG; L. Merkle, Vorsitzender der Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH.

Die aus dem Vorstand ausgeschiedenen Herren Generaldirektor Dr. H. C. Boden; Geheimrat Dr. h. c. L. Kastl; Bergassessor a. D. Dr. E. h. H. Kost; Direktor Dr. h. c. C. F. Müller; Fabrikdirektor O. H. Vogel, wurden in Anbetracht ihrer Verdienste um den Stifterverband zu Ehrenkuratoren auf Lebenszeit ernannt. Das Vorstandsmitglied W. Bahlsen, Fabrikant, wurde anstelle von Dr. H. C. Boden Stellvertretender Vorsitzender.

In das Kuratorium des Stifterverbandes wurden als persönliche Mitglieder hinzugewählt: Direktor Dr. K. Birrenbach, Vorsitzender des Aufsichtsrates der August-Thyssen-Hütte AG; Professor Dr. H. Coing, Direktor des Max-Planck-Instituts für Europäische Rechtsgeschichte, Frankfurt; Min.-Rat a. D. Dr. H. Lubowski, Präsident der Deutschen Pfandbriefanstalt; Direktor Dr. R. Magener, Mitglied des Vorstandes Badische Anilin- u. Sodafabrik AG; Dr. C. H. Paulsen, Generaldirektor der Aluminium-Industrie-Gemeinschaft GmbH; Dr. K. Röhrs, Vorsitzender des Vorstandes Vereinigte Aluminiumwerke AG; Professor Dr. K. Schiller, Senator für Wirtschaft/Berlin; A. Springer, Inhaber der Axel Springer Verlag GmbH; Dr. G. Wagner, Mitglied der Geschäftsführung der Robert Bosch GmbH.

von einer „Politik sozialer Geschenke“ abzuraten und sie statt dessen zu einer kritischen Überprüfung ihrer Positionen zu veranlassen. Die Kommission scheint in diesem Punkte mehr als realistisch zu denken: Sie erhofft nicht einen unmittelbaren Einfluß auf den parlamentarischen Alltag, sondern möchte zu einem grundsätzlichen Umdenken in der Sozialpolitik anregen. Sie betonte mehr die Perspektiven als die Einzelheiten eines praktischen Programms. Zugleich aber wurde aus den Erläuterungen Achingers sichtbar, daß die an den Untersuchungen beteiligten führenden deutschen Sozialwissenschaftler und sozialwissenschaftlichen Institute auch bereit sind, konkrete Lösungsvorschläge zu unterbreiten, die sich in eine Gesamtkonzeption einordnen.

Es hat unmittelbar nach der Vor-Veröffentlichung des Berichtes nicht an Versuchen von Regierungsparteien und Opposition gefehlt, die grundsätzlich gemeinten Thesen in die Münzen des politischen Tagesgeschäftes umzuformen. Hier liegt, wie Achinger in dem Pressegespräch betonte, nicht der eigentliche Sinn des Gutachtens. Die Kommission stellt die bisherige Sozialpolitik über alle Einzelheiten im Prinzip in Frage und verlangt eine Besinnung auf Grundsätze.

Die Untersuchungen waren auf den Raum klassischer Sozialpolitik beschränkt. Achinger leugnete nicht, daß

damit die Methoden sozialer Umverteilung in der heutigen Gesellschaft nicht erschöpft sind. Ein weiterer, weithin unübersehbarer Raum tut sich mit offenen Subventionen an Wirtschaftszweige und durch die indirekten Subventionen der Steuerprivilegien auf. Zu diesen Fragen hat die Kommission nicht Stellung genommen. Aus ihrem Blickfeld sind sie nicht verschwunden.

Die Deutsche Forschungsgemeinschaft hat mit der Tätigkeit und dem Bericht der Kommission für dringliche sozialpolitische Fragen Neuland betreten: Sie hat die Wissenschaft in unmittelbarer Nähe zur Politik angesiedelt. Diese Position möchte sie auch für die Zukunft aufrechterhalten: Die DFG glaubt, daß unabhängige Wissenschaft auch der Politik Fragen zu stellen und die praktischen Lösungen einer grundsätzlichen Kritik zu unterziehen hat.

Nicht ohne Absicht wird der Bericht der Kommission als „Mitteilung eins“ bezeichnet. Die DFG und ihre Kommissionen möchten diesen Weg weitergehen.

Der Kommission gehörten die Professoren Achinger/Frankfurt, Bombach/Basel, Föhl/Berlin, Muthesius/Frankfurt, Neumark/Frankfurt, Neundörfer/Frankfurt, Schelsky/Münster, Weddigen/Erlangen-Nürnberg und Wurzbacher/Kiel an. Die Feststellungen der Kommission beruhen auf einer großen Zahl von Einzeluntersuchungen. Tr.

DAAD sucht Deutsch-Lektoren für Hochschulen in Übersee

Eine Chance für Philologen mit Hochschulabschluß — Angemessene Vergütung und Übernahme der Reisekosten

202 vom Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) vermittelte Lektoren lehren z. Z. deutsche Sprache und Literatur an Universitäten und Hochschulen in allen Erdteilen. Die Zahl ihrer Schüler beträgt rund 40 000. 18 Lektorate in Asien, Afrika und Lateinamerika müssen im Herbst dieses Jahres bzw. im kommenden Frühjahr neu besetzt werden. Der DAAD sucht geeignete Bewerber für die interessante und vielseitige Lektorentätigkeit im Ausland.

Zwischen Bombay und Buenos Aires: 18 Lektorate offen

Noch in diesem Jahre müssen fünf DAAD-Lektorate in Hirotsaki/Japan, Damaskus/Syrien, Kabul/Afghanistan, Ibadan/Nigeria und Tucuman/Argentinien neu- oder wiederbesetzt werden. Im Frühjahr 1965 sind weitere 13 DAAD-Lektorate zu besetzen, darunter allein sieben an indischen Universitäten (u. a. in Bombay, Kalkutta und Benares), zwei in Japan (Kyoto und Hiroshima) und je eins in Indonesien (Medan), Nigeria (Nsukka), Liberia (Monrovia) und Argentinien (Buenos Aires).

Vielfältige Lektorenarbeit

Das Schwergewicht der Lektorenarbeit liegt an allen Hochschulen auf dem deutschen Sprachunterricht. In vielen Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas fällt den Lektoren vor allem die Aufgabe zu, Studenten und auch Dozenten naturwissenschaftlich-technischer und medizinischer Disziplinen Lesekenntnisse zum Verständnis deutsch-sprachiger Fachliteratur zu vermitteln. In Japan dagegen sind die deutschen Hochschulsprachkurse auf die Bedürfnisse von Germanistikstudenten zugeschnitten. In verschiedenen starkem Maße werden die DAAD-Lektoren auch mit Vorlesungen und seminaristischen Übungen zur deutschen Literatur betraut. Darüber hinaus halten die DAAD-Lektoren an vielen Universitäten Vorlesungen oder Vorträge über deutschlandkundliche Themen, bauen deutsche Institutsbibliotheken auf, richten deutsche Leserräume ein, veranstalten Filmabende, Buchausstellungen und leiten Aussprachekreise und Theatergruppen. An Hochschulen in Entwicklungsländern ist der DAAD-Lektor oft der einzige Deutsche, der von Professoren und Studenten als Mittler für alles betrachtet wird, was die Beziehungen zwischen dem Gastland und Deutschland betrifft. Attraktiv ist die zeitlich befristete Lektorentätigkeit — Mindestverpflichtung für überseeische Länder zwei Jahre — nicht nur ihrer Vielseitigkeit wegen. Der Auslandsaufenthalt zahlt sich durch gehobene Berufschancen bei der Rückkehr nicht selten unmittelbar aus. Schließlich bleibt den Lektoren neben ihren Lehrverpflichtungen noch genügend Zeit, um eigene Studien und Forschungen voranzutreiben.

Das wird vorausgesetzt:

Der verantwortungsvollen Aufgabe der Lektoren entsprechend, werden hohe Anforderungen an Bewerber um ein DAAD-Lektorat im Ausland gestellt:

- Als Lektorenbewerber kommen nur jüngere Akademiker mit abgeschlossenem Hochschulstudium, vorzugsweise mit Promotion, ggf. auch mit Staatsexamen oder Magisterprüfung, infrage. Interessenten mit Germanistik im Haupt- oder Nebenfach werden bevorzugt, aber auch Anglisten und Romanisten können sich bewerben.

- Auf pädagogische Erfahrung durch eine Assistententätigkeit oder durch den praktischen Vorbereitungsdiens an Höheren Schulen wird Wert gelegt.

- Soweit die Kenntnis der Sprache des Gastlandes nicht vorausgesetzt werden kann, müssen gute, englische, französische oder spanische Sprachkenntnisse nachgewiesen werden.

- Lektorate sind normalerweise keine Dauerstellungen. Bewerber, die ein Lektorat in Übersee übernehmen möchten, müssen sich für mindestens zwei Jahre verpflichten.

- Für eine angemessene finanzielle Vergütung und die Übernahme der Reisekosten ist gesorgt.

Bewerber können sich direkt an den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD), Lektorenreferat, 532 Bad Godesberg, Kennedy-Allee 50, wenden.

10 neue DAAD-Lektoren gehen nach Frankreich

Interessante Zahlen über die deutsche Kulturarbeit in Frankreich und die französische Kulturarbeit in Deutschland wurden bei einem Einführungstreffen für zehn junge Germanisten und Romanisten bekannt, die als Lektoren für deutsche Sprache und Literatur an französische Universitäten entsandt werden. Wenn die zehn neuen Lektoren ihre Arbeit jenseits des Rheins zu Beginn des Studienjahres Ende Oktober/Anfang November aufnehmen, gibt es insgesamt 32 DAAD-Lektoren an französischen Universitäten und Hochschulen. Hinzu kommen weitere 16 Lektoren für Deutsch, die von Universitäten direkt vermittelt wurden. Auf etwa 70 Personen erweitert sich der Kreis derjenigen, die deutsche Kulturarbeit in Frankreich leisten, wenn man die Mitarbeiter der sechs Goethe-Institute in Frankreich hinzuzählt und die für Kulturfragen Zuständigen bei der deutschen Botschaft und bei den deutschen Konsulaten.

Frankreichs Kulturmission in Deutschland mit 160 Mitarbeitern

Dem stehen rund 160 Franzosen gegenüber, die Kulturarbeit in Deutschland leisten, zumeist im Rahmen der offiziellen französischen Kulturdelegation. Zu diesem Personenkreis zählen neben Angehörigen des diplomatischen Dienstes die Mitarbeiter der französischen Kulturinstitute, die Lehrer der beiden französischen Gymnasien in Berlin und Saarbrücken und 22 Universitätslektoren für französische Sprache und Literatur. 20 Französisch-Lektoren kamen durch direkte Universitätsvermittlung nach

Deutschland. — Nicht nur zahlenmäßig ist die französische Repräsentanz in Deutschland sehr viel stärker als die deutsche in unserem Nachbarland. Auch in materieller und institutioneller Hinsicht ergibt sich ein deutliches Plus für die französische Seite. Alle in Deutschland auf kulturellem Gebiet arbeitenden Franzosen besitzen Beamtenstatus oder eine diesem angeglichene Stellung.

Vergütung und Sicherstellung der DAAD-Lektoren verbesserungsbedürftig

Daß sich bei dem Vorbereitungstreffen für die neuen DAAD-Lektoren an diesem Punkt eine heftige Diskussion entzündete, ist verständlich, denn die Stellung der deutschen Lektoren im Ausland hält einen Vergleich mit der Position französischer Lektoren in unserem Lande nicht aus. Beim Deutschen Akademischen Austauschdienst ist man sich längst im klaren darüber, daß Vergütung und Sicherstellung der Lektoren im Ausland — ihren Aufgaben entsprechend — dringend verbessert werden müssen. Die Aufgabe eines DAAD-Lektors in Frankreich geht weit über das Erteilen deutschen Sprachunterrichts hinaus, denn Germanistik bedeutet in Frankreich mehr als die Auseinandersetzung mit sprachhistorischen Problemen und mit der deutschen Literatur, bedeutet

Deutschlandkunde in einem umfassenden Sinne. Zu ihren Gegenständen gehören auch die Geschichte, die Kunstgeschichte, Geographie, wirtschaftliche und soziale Probleme. An die Lektoren stellt dieses System hohe Anforderungen, denn in Vorlesungen und Übungen haben sie aus dem weiten Katalog dieser Themen in jedem Studienjahr ein bestimmtes darzulegen.

In Unkenntnis dieser Tatsache scheint hierzulande mancherorts noch die Meinung vorzuherrschen, wer als DAAD-Lektor herausgehe, wolle sich eine „schöne Zeit“ im Ausland machen. Wo man so denkt, wird die Lektorenarbeit stärkstens unterbewertet, ganz abgesehen davon, daß der bedeutende kulturpolitische Aspekt der Lektorentätigkeit nicht gesehen wird.

Stipendien für Europa-Studien in Turin

Nach einer Mitteilung des Turiner Institut Universitaire d'Etudes Européennes an den Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) stehen für die von November 1964 bis Mai 1965 dauernde Studienperiode noch einige Stipendien zur Verfügung, um die sich auch jüngere deutsche Wirtschaftswissenschaftler, Historiker, Juristen und Politologen mit abgeschlossenem Hochschulstudium bewerben können.

Jedem das Seine, nicht jedem das Gleiche!

Von einem ungewöhnlichen Schritt unterrichteten am 12. 10. 64 in Bonn die Vorsitzenden der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk, des Bundesjugendringes und des Bundesstudentenringes in Bonn die Presse. In einem offenen Brief an den Deutschen Bundestag appellierten sie, endlich ein Gesetz zur Förderung der Ausbildung der deutschen Jugend zu verabschieden. Wenn die Regierungserklärung zu Beginn der 4. Legislaturperiode nicht bloße Deklamation bleiben solle, müßten endlich konsequente Schritte unternommen werden, um das Problem der Ausbildungsförderung in voller Breite zielgerecht und dauerhaft zu lösen.

Hierzu haben die Spitzenverbände der Jugend und Studenten, gemeinsam mit dem Dachverband der Organisationen der freien und kommunalen Jugendsozialarbeit Grundsätze veröffentlicht.

* Durch ein Bundesgesetz zur Regelung der Erziehungs- und Ausbildungsbeihilfen sind unter Beachtung des Grundsatzes „Hilfe zur Selbsthilfe“ möglichst gleiche Startchancen für den bildungsmäßigen Aufstieg der Jugendlichen zu verschaffen.

* Alle Ausbildungsmöglichkeiten von der gewerblichen Ausbildung bis hin zum Studium an wissenschaftlichen Hochschulen sind in die Förderung einzubeziehen. Hierzu gehören auch solche Ausbildungen, die der Weiterführung oder Umschulung dienen.

* Die Gewährung von Ausbildungsbeihilfen hat entsprechend der für den jeweiligen Ausbildungsgang geforderten Eignung und Leistung des Jugendlichen zu erfolgen. Die Ausbildungsbeihilfe muß sich nach der wirtschaftlichen Lage des Auszubildenden und seiner Familie richten.

* Bei der Festlegung der Bemessungsgrundlagen dürfen nicht Grundsätze der Armenfürsorge zur Anwendung kommen.

* Pauschalzuwendungen bleiben unzulänglich, weil sie den unterschiedlichen Gegebenheiten der Ausgangssituation und des Ausbildungszieles nicht gerecht werden können. Allein gezielte Ausbildungsbeihilfen sind wirksam und rationell.

* Bei der Durchführung der gesetzlichen Maßnahmen für ein einheitliches System gezielter Ausbildungsbeihilfen müssen Bund und Länder eng zusammenwirken.

Die Forderung nach einer wirksamen Ausbildungsförderung ist zwar inzwischen zum politischen Gemeingut geworden. Die Einsicht, daß eine solche Hilfe für junge Menschen eine für den Einzelnen wie für die Weltgesellschaft gewinnträchtige Investition für die Zukunft darstellt, wird nicht mehr ernsthaft bestritten. Meinungsverschiedenheiten gibt es indes über die wirksamste Form dieser Hilfe.

Das vorgelegte 8-Punkte-Programm der Verbände stellt die Kurzfassung der Ergebnisse 10-jähriger Vorarbeiten der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk unter Beteiligung der Jugend- und Studentenorganisationen

dar. Schon 1960 waren diese Leitgedanken in dem Musterentwurf eines Gesetzes über die Gewährung von Ausbildungsbeihilfen als Denkschrift der Öffentlichkeit vorgelegt worden. Sie wurden von der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion aufgegriffen und ein an den erarbeiteten Prinzipien orientierter Gesetzentwurf ist am 15. Mai 1962 im Bundestag eingebracht worden. Auch das federführende Ministerium für Familien und Jugend blieb nicht untätig. Referentenentwürfe wurden zahlreich produziert. Zwei Fassungen davon, eine vom März 1963 und eine andere vom Mai 1964, gelangten an die Öffentlichkeit. So glaubte man, auf gutem Weg zu sein und erhoffte sich eine Gesetzgebungsinitiative der Bundesregierung noch in diesem Herbst, zumal auch die Junge Union des langen Zögerns der Bundesregierung überdrüssig, sich für eine parlamentarische Initiative rüstete.

Ihre Abgeordneten in der CDU/CSU Bundestagsfraktion planten unter Führung von Dietrich Rollmann ebenfalls eine Gesetzesinitiative im Parlament. Sie hofften, auf diese Weise die schleppenden Gesetzgebungsvorarbeiten der Bundesregierung zu beschleunigen.

Als der Deutschlandrat der Jungen Union Ende Juni in Nürnberg zur Beratung der Ausbildungsförderungsgesetzgebung zusammenkam, fand sich auch Familien- und Jugendminister Bruno Heck ein. Statt jedoch das gemeinsame Jugendanliegen einträchtig zu beraten, kam es zu einem Eklat. Heck distanzierte sich vor den zuerst stauenden, später rebellierenden Deutschlandräten der Jungen Union von den Vorarbeiten seiner eigenen Referenten. Nicht ein am Bedarf des Einzelnen für seine Ausbildung orientiertes System der Förderung soll durchgesetzt werden, sondern ein pauschales Kindergeld für alle, die in Ausbildung sind, sei das jetzige Ziel. Inzwischen wurde diese Idee vom CDU-Fraktionsausschuß Gesellschaftspolitik aufgegriffen. Präsident von Heck-Vorgänger im Ministeramt, Würmeling, empfahl er den Eltern von Schülern und Studenten, nicht aber von Lehrlingen, DM 40,— je Kind und Monat zu geben. Für über 1,1 Mio. Schüler sollten 540 Mio. DM durch die Arbeitsämter verteilt werden. 290 Mio. DM wollte man hierfür durch Streichung der bisherigen Steuerfreibeträge von DM 780,— im Jahr gewinnen, der Rest sollte dem Bundessäckel entnommen werden. Prompt stutzte der Finanzausschuß des Bundestages diesen Plan. Das Ausbildungshonorar soll nun hiernach nur ab zweitem Kind gezahlt werden. Von fünf Kindern sind aber zwei Einzelkinder, deren Eltern nun nicht einmal mehr einen Steuerfreibetrag für Ausbildungskosten erhalten.

Nicht zuletzt diese Würmeling-Heck-Familienpolitik gab den Jugend- und Studentenverbänden Anlaß zu ihrem Schritt. Heck's eilige Versicherung, der Plan einer umfassenden Ausbildungsförderung sei damit keineswegs endgültig aufgegeben, tröstet nur wenig darüber hinweg, daß die Regierung jedenfalls für den 4. Bundestag die große Lösung wohl aufgegeben hat. Es bleibt nur noch die Hoffnung, daß der Bundestag aus eigener Initiative handelt, an brauchbaren Entwürfen mangelt es nicht.

Theo Tupetz

Stand des Aufbaues der Ruhr-Universität Bochum

Anfang Oktober 1964

In sensationell aufgemachter Weise wurden in letzter Zeit Nachrichten über den Bau der Ruhr-Universität Bochum verbreitet. Man konnte beispielsweise Anfang September 1964 in der Presse lesen, daß es wegen festgestellter Bergschäden zu einer Klage des Landes Nordrhein-Westfalen kommen würde. Dazu kann jedoch erklärt werden:

Die bisherigen angestellten gezielten Bodenbohrungen und Beratungen durch Bergbau, namhafte Institute und Fachgelehrte führen keineswegs zu dem Schluß, daß das Gelände wegen des umgangenen Bergbaus besser nicht bebaut oder die Bebauung eingeschränkt werden sollte. Die angetroffenen Verhältnisse lassen sich konstruktiv bewältigen; der technische und wirtschaftliche Aufwand entspricht durchaus dem in Bergsenkungsgebieten üblichen; er dürfte für die Gesamtbaumaßnahmen noch unter dem Durchschnitt der in der Regel aufzuwendenden Kosten liegen. Der finanzielle Aufwand für Sicherheitsmaßnahmen beträgt je Gebäude etwa 300 000,— DM, das sind weniger als 1 % der Baukosten.

Andere Städte haben andere Bausorgen. In Amsterdam beispielsweise hat man es mit dem Sand und mit dem Wasser zu tun. Die ganze Stadt steht auf Pfählen, und alles ist gewiß recht kostspielig. Dennoch aber denkt niemand daran, wegen der aufwendigen Bauweise das Bauen dort aufzugeben oder die zusätzlichen Kosten zu kritisieren.

Eine Sturmbö raste Mitte September mit einer in Bochum noch nie erlebten Gewalt über die Stadt und das Universitätsgelände. Sie vernichtete einen der beiden großen 49 Meter hohen Portalkräne, wobei der Kranführer zu Tode kam. Da die Neukonstruktion des Portalkranes etwa drei Monate in Anspruch nimmt, schien der Zeitplan empfindlich gestört und der Eröffnungstermin am 1. Mai 1965 für die Baugruppe A und B in Frage gestellt. Trifftige Gründe finanzieller, technischer und hochschulpolitischer Art liegen jedoch vor, um an dem ursprünglichen Termin festzuhalten.

Die Gebäude A und B enthalten zusammen:

Student. Arbeitsplätze:	
25 Hörsäle mit	2480 Plätzen
16 Übungsräume mit	470 Plätzen
(Die Platzzahl kann erhöht werden unter Einbeziehung von	
21 Besprechungsräumen auf	1000 Plätze)
21 Seminarräume mit	1100 Plätzen
45 Institutsräume	
Bibliotheksarbeitsplätze	245 Plätze

Insgesamt also 4295 bzw. 4825 studentische Arbeitsplätze.

Lehrstuhlzone:

240 Lehrstuhlräume

Universitätsverwaltung:

44 Räume

Bibliotheksraum:

Platz für	263 000 Bände
Instituts- und Seminarbibliotheken	400 000 Bände
Insgesamt also Raum für	663 000 Bände

Der Lehrbetrieb an der Universität Bochum soll zunächst in folgenden Abteilungen aufgenommen werden:

- Evangelisch-Theologische Abteilung
- Katholisch-Theologische Abteilung
- Abteilung für Philosophie, Pädagogik und Psychologie
- Abteilung für Geschichtswissenschaft
- Abteilung für Sprach- und Literaturwissenschaft
- Rechtswissenschaftliche Abteilung
- Wirtschaftswissenschaftliche Abteilung
- Sozialwissenschaftliche Abteilung

Daneben wird schon jetzt der Aufbau der naturwissenschaftlichen, der ingenieurwissenschaftlichen und teilweise der medizinischen Fächergruppen betrieben.

Die neue Universität in Bochum trägt den verpflichtenden Namen „Ruhr-Universität“ und sie wird deshalb Anstrengungen unternehmen müssen, die besten Gelehrten, die zu finden sind, für die Lehrtätigkeit an einer Universität zu gewinnen, die diesen weltbekannten Namen führt. Das erhofft jedenfalls das ganze Revier von seiner Universität. Andererseits sind Hochschullehrer heute „Mangelware“, das merken alle Universitäten, wie viele nicht besetzte Lehrstühle ausweisen. Man glaubt zwar, daß die faszi-

nierende Aufgabe, in Bochum erste Grundlagen für eine künftige Hochschulreform zu legen (die möglicherweise in die Geschichte eingeht), ihre Anziehungskraft nicht verfehlen wird. Doch muß man sich auch darüber klar sein, daß es keineswegs angenehm ist, jahrelang auf einem riesigen Bauplatz zu leben, selbst wenn es sich um Europas interessantestes Bauvorhaben handelt. Man beabsichtigt deshalb den Bau eines „Hauses der Freunde der Ruhr-Universität“ vorzuschlagen, das den Universitätslehrern als Erholungsstätte und eventuelle Begegnungsstätte mit der Öffentlichkeit dienen kann. Eine solche Oase der Stille für die Gelehrten ist um so notwendiger, als man nicht zuletzt für die jungen, noch unverheirateten Wissenschaftler ein Kasino vorsehen sollte. Die Finanzierung dieses Gebäudes soll mittels Spenden der großen Firmen des Ruhrgebietes erfolgen.

Innerer Aufbau

An der inneren Struktur der Ruhr-Universität, wie sie in der Denkschrift des Gründungsausschusses „Empfehlungen zum Aufbau der Universität Bochum“ vom Dezember 1962 fixiert wurde, hat sich grundsätzlich nichts geändert. Schon damals galt für nicht ausgeschlossen, daß nach dieser oder jener Richtung noch eine Ausweitung des wissenschaftlichen Programms erfolgen würde, sobald der Lehrkörper berufen sei. So wurde auf einer vom Gründungsrektor Prof. Dr. Wenke am 22. Juli 1964 einberufenen Sitzung beschlossen, einer Anregung der Gesellschaft der Freunde der Ruhr-Universität stattzugeben und das Thema „Unternehmensforschung“ in das wissenschaftliche Arbeitsprogramm der Universität aufzunehmen. Es sollte besonders Grundlagenforschung betrieben werden.

Im Haushaltsplan 1964 sind 100 Planstellen für ordentliche Professoren vorgesehen; Ende September 1964 waren 40 ordentliche Professoren ernannt. Beim Kultusministerium liefen darüber hinaus 42 Berufungsverfahren. Kultusminister Prof. Mikat wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß, wie bei allen anderen Universitäten, natürlich auch Berufungen abgelehnt werden, doch läge der betreffende Hundertsatz in Bochum noch unter dem Bundesdurchschnitt. Selbst bei den alten preußischen Universitäten hätte man den gleichen günstigen Schnitt nicht in jedem Falle erreicht.

Die bisher ernannten Professoren werden bei der Bauplanung zu Rate gezogen und sorgen beim Aufbau der Bibliotheksbestände für ihr Fach. In den naturwissenschaftlichen Fächern wird außerdem auch bereits der apparative Aufbau der Institute vorbereitet. Soweit die Professoren nicht Vorbereitungsstellen in dem inzwischen fertiggestellten Sammelgebäude (das später als Studentenwohnheim dienen soll), errichtet haben, betreiben sie den Aufbau am Ort ihrer bisherigen Universität. So befinden sich derartige Arbeitsstellen in München, Bonn, Kiel, Marburg und Tübingen.

Sie geben die Möglichkeit, schon jetzt auch wissenschaftliche Nachwuchskräfte und sonstige Mitarbeiter für die Universität Bochum heranzubilden, so daß bei Beginn der Arbeitstätigkeit in Bochum die Institute, Seminare und Laboratorien mit den notwendigen Fachkräften besetzt werden können.

Das Ostasien-Institut der Universität Bochum, das als ein Zentralinstitut für den ostasiatischen Bereich in der Bundesrepublik geplant wird, hat mit zwei Lehrstühlen eine vorläufige Unterbringung in der ehemaligen Zeche „Friederika“ in Bochum gefunden.

Die künftigen akademischen Gremien sind im Begriff, sich zu konstituieren. Die bisher ernannten Professoren einer jeden Abteilung haben einen Abteilungssprecher bestellt. Die Abteilungssprecher nehmen unter Vorsitz des mit der Wahrnehmung des Amtes eines Rektors beauftragten Vorsitzenden des Gründungsausschusses, Professor Dr. Wenke, die Gesamtinteressen der Universität wahr. Unter dem Vorsitz des Kultusminister ist außerdem eine Kommission der Professoren zur Beratung in Bauangelegenheiten gebildet worden.

Zentralbibliothek

Neben dem Aufbau der einzelnen Instituts- und Seminarbibliotheken schreitet der Aufbau der modern eingerichteten Zentralbibliothek zügig fort. Sie zählt bereits fast 200 000 Bände, und sie soll bei Beginn des Universitätsbetriebs 250 000 umfassen.

Studentenwohnheime

Unter Mitwirkung der Landesstudentenschaft wird die Errichtung eines Studentenförderungswerkes vorbereitet. Zwei landeseigene Studentenwohnheime mit insgesamt 392 Plätzen werden voraussichtlich Mitte 1965 fertiggestellt sein. Außerdem wird der Bau von fünf Studentenwohnheimen dritter Träger mit insgesamt 730 Plätzen gefördert. Mit der Bezugsfertigkeit dieser Häuser wird zu Ende 1965 gerechnet. Danach werden für etwa 2000 Studenten, die dann an der Ruhr-Universität bereits studieren, schon 1122 Bettplätze zur Verfügung stehen. Das ist ein sehr günstiges Verhältnis, welches an keiner anderen Universität erreicht wird.

Verkehr

Zur Zeit arbeitet man an einem umfangreichen Gutachten, das mit großer Genauigkeit eine Prognose über den Zustand des Verkehrs in einem Jahrzehnt und um die kommende Jahrhundertwende mit den entsprechenden Zwischenphasen geben wird. Das Verkehrsnetz wird so dimensioniert, daß es sowohl in der ersten Phase wie aber auch bei der Vollsättigung des Verkehrs in etwa 25 Jahren noch ausreicht.

Eine 6-spurige leistungsfähige Zufahrtsstraße mit Schnellbahn im Mittelstreifen wird die Universität mit der City der Stadt Bochum verbinden. Im Universitätsgelände werden die Fußgängerzonen kreuzungsfrei angelegt.

Das heutige öffentliche Nahverkehrssystem weist gewisse schwache Stellen in den Nord-Süd-Verbindungen auf, während es in der Ost-West-Richtung geradezu ideal ausgeprägt ist. Von der Ruhr-Universität ausgehend, wird man versuchen, jetzt diese Schwächen zu beheben. Vom Landschaftsverband wird unter der Bezeichnung „Ruhr-Höhenweg“, der Bau einer neuen Straße geplant, der sowohl die Technische Hochschule Dortmund, die Universität Bochum als auch die Institute in Essen verbindet und eine wichtige Verbindung zur sogenannten „Sauerlandlinie“ (Gießen—Siegen—Hagen) darstellt. Außerdem werden Pläne erwogen, die beiden Hochschulen Bochum und Dortmund durch eine Alweg-Bahn zu verbinden und die Ruhr-Universität außerdem an das Bundesbahnnetz anzuschließen. Zur Zeit prüft ein Ingenieurteam alle Verkehrsprobleme, weil man Fehler, die kommende Entwicklung zu engstirnig einzuplanen, vermeiden will.

J. P.

Kurz berichtet

Bundespräsident Heinrich Lübke erörterte kulturpolitische Probleme mit dem Präsidenten der Kultusministerkonferenz, dem nordrhein-westfälischen Kultusminister Prof. Dr. Paul Mikat. Der Bundespräsident ließ sich über den gegenwärtigen Stand der Diskussionen über die Bildungsplanung und Schulreform unterrichten. Wie in Bonn bekannt wurde, sollen die Gespräche fortgesetzt werden. Es wird in unterrichteten Kreisen der Länder für denkbar gehalten, daß sich der Bundespräsident in naher Zukunft zu diesen Fragen äußern wird.

Zur Bildungs- und Wissenschaftspolitik äußerten sich Sprecher aller Parteien in der Grundsatzdebatte des Bundestages über den Bundeshaushalt 1965 am 15. und 16. Oktober. Bundeskanzler Prof. Ludwig Erhard befürwortete in seiner Regierungserklärung Ausbildungsbeihilfen, um Kindern aus sozialen Schichten mit geringerem Einkommen den Besuch höherer Schulen und Universitäten zu ermöglichen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende Fritz Erler kritisierte das Bildungsgefälle zwischen den Bundesländern und forderte konkrete Entscheidungen statt des Streites um Planungsinstitutionen. Der amtierende FDP-Vorsitzende Siegfried Zoglmann verlangte langfristige Finanzprogramme für die wissenschaftliche Bildungspolitik sowie Aufstellung eines Bedarfsplanes für die wissenschaftliche Forschung. Er setzte sich für eine Zusammenfassung der Bundeskompetenz in der Wissenschaftsförderung und Kulturpolitik ein.

Der Zentralrat des Internationalen Hochschulprofessorenvereins, der in Heidelberg tagte, ernannte zu seinem Präsidenten für die Amtsperiode 1964/66 den Schweizer Prof. Dr. Louis Edouard Roulet (Schweizer Geschichte, Universität Neuenburg). Seine nächste Tagung im Jahre 1965 wird der Verein in Wien durchführen.

Der „Hahn-Plan“ wird den Bundestag beschäftigen. Die CDU/CSU und die FDP haben einen Koalitionsantrag zur Bildung einer Bildungskommission beim Wissenschaftsrat nach den Vorstellungen des Baden-Württembergischen Kultusminister Prof. Dr. Hahn eingebracht. Die Koalitionsparteien wollen die Bundesregierung beauftragen, Verhandlungen mit den Ländern zur Realisierung dieses Projektes zu führen. Der Bundesvorsitzende der CDU, Dr. Konrad Adenauer, hat dem SPD-Vorsitzenden Willy Brandt vorgeschlagen, den „Hahn-Plan“ zum Gegenstand des kulturpolitischen Spitzengesprächs zwischen den Parteien zu machen. Die Anregung zu diesem Spitzengespräch ging von der SPD aus, die primär keinen Bildungsrat, sondern ein kulturpolitisches Sofortprogramm erstrebte. Zusagen ohne Bedingungen gingen bei den Sozialdemokraten von der FDP und dem CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß ein. Unterrichtete Kreise in Bonn nehmen an, daß die drei Parteien des Bundestages sich jetzt zunächst auf eine Tagesordnung für ihr Gespräch einigen müssen.

Eine Große Anfrage zur Überwindung des Bildungsnotstandes hat die SPD-Fraktion im Bundestag an die Bundesregierung gerichtet. Die Sozialdemokraten wollen wissen, ob die Bundesregierung bereit sei, bei der Erarbeitung eines nationalen Bildungsplanes mitzuwirken und auf welche Weise nach Auffassung der Bundesregierung

das zwischen den elf Ländern vorhandene starke Bildungsgefälle überwunden werden kann. Die Bundesregierung soll eine Aufstellung über die Aufwendungen des Bundes für die Förderung der wissenschaftlichen Forschung und für die Ausbildungs- und Studentenförderung in den nächsten fünf Jahren vorlegen. Gleichzeitig soll die Bundesregierung vor dem Bundestag erklären, welche Formen der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern sie in der Wissenschafts- und Bildungspolitik anstrebt. Gleichzeitig soll über die Koordinierung der wissenschaftlichen Forschung, der Ausbildungsförderung und der Bildungsplanung ein Bericht gegeben werden. Die SPD will auch wissen, auf welche Weise die Bundesregierung eine wissenschaftliche Beratung der Bildungsplanung gewährleisten will und wann sie beabsichtigt, den Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung vorzulegen. Über die gegenwärtigen Überlegungen der Koalitionsparteien zu einer Ausbildungsbeihilfe innerhalb des Familienlastenausgleichs hinaus verlangt die SPD von der Bundesregierung eine Auskunft, ob sie ein Ausbildungsförderungsgesetz vorzulegen beabsichtigt.

Für eine Verstärkung der Dienstaufsicht gegenüber Professoren in ihrer Lehrtätigkeit setzte sich der CDU-Bundestagsabgeordnete Hans Dichgans in der „Zeit“ ein. Es sei durchaus möglich, zur Rationalisierung des Studiums die Lehr- und Prüfungstätigkeit von akademischen Lehrern einer Aufsicht zu unterwerfen, ohne die Freiheit des Sachinhalts der Lehre im mindesten zu beschneiden. Die Kultusminister hätten eine bemerkenswerte Scheu davor, sich in innere Angelegenheiten der Universität selbst dort einzumischen, wo grobe Mißstände auf der Hand lägen. Die Aufgaben der Universitäten lassen sich nach Ansicht von Dichgans nur durch ein aktive und entscheidungsberechtigte Mitwirkung des Staates lösen. Die Kultusministerkonferenz und die Länderparlamente müßten ebenfalls so wie der Bundestag dafür sorgen, daß die bewilligten Mittel den größtmöglichen Bildungseffekt erzielen.

Der Gründungsausschuß der Technischen Hochschule Dortmund ist zu einer Klausurtagung zusammengetreten, um den Strukturplan für die neue Hochschule zu beraten. An den Beratungen nahmen 16 Wissenschaftler und zwei Vertreter des Kultusministeriums teil.

Eine Denkschrift zum Bildungsgefälle legte die bayerische Kulturpolitikerin Hildegard Hamm-Brücher (FDP/MdL) vor. Die Untersuchung ergibt beträchtliche Unterschiede im Schulaufbau und im Schulbesuch zwischen den einzelnen Bundesländern. Die FDP-Politikerin schlug aufgrund ihres Berichtes vor, einen „Bildungsrat“ beim Wissenschaftsrat zu schaffen und durch Sofortmaßnahmen in den Ländern die Situation zu verbessern. Die Kultusministerkonferenz soll ihre Zusammenarbeit intensivieren und Vereinbarungen bei wichtigen Grundsatzfragen (wie z. B. Bekämpfung des Lehrermangels, Erhöhung der Abiturientenquoten, Ausbau des Mittelschulwesens) sowie Rahmenvereinbarungen über gemeinsame Ziele aller Länder abschließen. Mehrjährige Finanzprogramme von Bund, Ländern und Gemeinden sollen innerhalb der Bildungspla-

nung entwickelt werden. Nach den Schätzungen von Dr. Hildegard Hamm-Brücher wird die Verwirklichung der Ausbau- und Neugründungspläne für Schulen bis 1975 rund 75 Mia. DM kosten.

Der neue bayerische Kultusminister Dr. Ludwig Huber hat sein Amt angetreten. Er behält den Vorsitz der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag. Huber ist nach dem baden-württembergischen Kultusminister Prof. Hahn und dem schleswig-holsteinischen Kultusminister von Heydebäck der dritte christlich-demokratische Kultusminister, der in diesem Jahre neu in die Kultusministerkonferenz eingetreten ist. Ein weiterer Wechsel steht bevor, wenn der Bremer Schulsenator und Bürgermeister Willy Dehmkamp die Nachfolge des Bremer Senatspräsidenten und Bürgermeisters Kaisen im nächsten Jahr antritt. Über eine Nachfolge ist noch nicht entschieden.

Die Hochschulreform soll mehr als bisher durch Experten nach den Vorstellungen des Präsidenten der Görres-Gesellschaft, Prof. Dr. Hans Peters/Köln, erörtert werden. Vor der Generalversammlung der Vereinigung katholischer Gelehrter in Osnabrück forderte Peters, daß sich auch Wissenschaftler der Görres-Gesellschaft in die Diskussion einschalten sollten.

Skeptisch zur Verkürzung der Studienzeiten äußerte sich der Präsident der deutschen physikalischen Gesellschaft, Prof. Dr. Fritz Bopp/München, auf dem deutschen Physikertag in Düsseldorf. Er regte eine Diskussion über diese Frage zwischen den leitenden Industriephysikern und den Ordinarien an. Der Bedarf an Wissenschaftlern mit qualitativ hochwertiger Ausbildung lasse sich kaum in einem Studium von acht Semestern erreichen. Kritisch stand Bopp auch der Verkürzung der Schulzeit in Gymnasien gegenüber und setzte sich für eine Reform des Physikunterrichtes an den Schulen ein. Die Kultusminister sollten die Saarbrückener Rahmenvereinbarung unter diesem Gesichtspunkt überprüfen.

Eine Reform der Theologen-Ausbildung hat der evangelische Bischof von Berlin-Charlottenburg, Otto Dibelius, angeregt. Vor Beginn des Studiums soll ein praktisches Probejahr geleistet werden. Ihm sollen höchstens drei Jahre Universitätsstudium und nach einem Examen nach Vorbild der Mediziner-Ausbildung zwei weitere praktische Ausbildungsjahre folgen.

Eine Neugliederung des Studiums in ein Grund- und Hauptstudium sowie in Nachdiplomstudien hat die Junge Union auf ihrem Saarbrückener Deutschlandtag verlangt. Andere Forderungen waren der Bau von Wohnheimen für 30 Prozent der Studenten bis 1970, die Finanzierung von Studentenzimmern im sozialen und privaten Wohnungsbau mitt öffentlichen Mitteln sowie der Fortfall der Studien- und Prüfungsgebühren. Die Junge Union wandte sich gegen die Kollegienhauspläne des Wissenschaftsrates.

Bessere Ausbildung für Kinderpsychotherapeuten wurde auf der 62. Tagung der deutschen Gesellschaft für Kinderheilkunde in München gefordert. Der Mangel an Psychotherapeuten für das Kindesalter beruht nach Ansicht der Gesellschaft vor allem auf dem Fehlen entsprechender Ausbildungsstätten, die im Ausland stärker als in der Bundesrepublik vorangetrieben worden seien.

Mehr Mittel für Studienreisen deutscher Wissenschaftler in das europäische Ausland sollen von den Bundesländern künftig bereitgestellt werden. Eine entsprechende Empfehlung ist von der Kultusministerkonferenz an die Landesregierung gerichtet worden. Es sollen vor allem auch verstärkt Reisen gefördert werden, die Kontakten mit wissenschaftlichen Institutionen und Wissenschaftlern in den Ostblockstaaten dienen.

Einen sechstägigen Bildungsurlaub verlangt die SPD-Fraktion des Bayerischen Landtags für alle Angestellten und Arbeiter zusätzlich zum jährlichen Erholungsurlaub. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde bereits vorgelegt.

Bei einem ersten deutsch-französischen Kultusministertreffen in Stuttgart begegnete der französische Erziehungsminister Christian Fouchet in Stuttgart Ministerpräsident Kurt Georg Kiesinger — Bevollmächtigter des Bundes für die kulturelle Zusammenarbeit mit Frankreich — sowie Kultusministern aus den Bundesländern. Breiten Raum nahm in der Begegnung der Sprachunterricht an den deutschen und französischen Schulen ein. Nach den der Konferenz vorliegenden Angaben lernen in der Bundesrepublik über 50 Prozent der Schüler des

7. bis 13. Schuljahres bereits Französisch. Fouchet versicherte seinen deutschen Gesprächspartnern, Frankreich sei an einer Intensivierung des kulturellen Austausches stark interessiert.

In Bonn wurde ein Gästehaus für 19 Gastprofessoren nach einer Bauzeit von einem Jahr von Rektor Prof. Dr. Dirscherl eingeweiht. Bauherr dieses Gebäudes ist das Studentenwerk, finanziert wurde es zu mehr als zwei Dritteln von der Volkswagenstiftung. Die restlichen Mittel wurden durch eine Stiftung der Dynamit-Nobel AG. vom Land Nordrhein-Westfalen und der Universität aufgebracht. Dieses Gästehaus wurde im Rahmen des Gästehausprogramms der Volkswagenstiftung, das derzeit insgesamt 21 Bauvorhaben vorsieht, errichtet. Dieses Gästehaus bietet 19 Gastprofessoren Platz. Neben den Appartements für die Professoren enthält es einige geräumige Clubräume und eine große Gemeinschaftsküche.

Das Osteuropa-Institut in Berlin richtet mit Beginn des nächsten Sommersemesters wieder Studiengänge von 4 Semestern Dauer in Fächern der Osteuropaforschung ein. Voraussetzung für dieses Ergänzungsstudium, das mit einer Abschlußprüfung endet, ist in der Regel der Nachweis eines abgeschlossenen Hochschulstudiums. Die Teilnehmer erhalten für die Dauer des Ergänzungsstudiums ein monatliches Stipendium von DM 750,— aus Mitteln des Stifterverbandes. Bewerbungen sind an das Osteuropa-Institut in Berlin zu richten.

Die Bürgerschaft Bremens hat als erstes Landesparlament das „Abkommen über die Finanzierung neuer wissenschaftlicher Hochschulen“ einstimmig ratifiziert. Das Abkommen, das auf 15 Jahre befristet ist und einen Investitionsfond von 3,75 Millionen für die Gründung von fünf neuen Hochschulen vorsieht, verpflichtet das Land Bremen, jährlich drei Mio. DM in diesen Gemeinschaftsfond zu zahlen. Für ihre eigenen Universitätspläne erhält das Land Bremen aus diesem Fond 450 Mio. DM. Der Bremer Senat setzt sich dafür ein, dem Bund für seine Beteiligung an der Finanzierung von neuen Hochschulen auch einen Anteil an der Verwaltung des Fonds zu gewähren. Außerdem muß nach Ansicht des Bremer Senats die Frage geregelt werden, wer die laufenden Unterhaltskosten der Bremer Universität tragen soll, da Bremen diese Kosten nicht allein aufbringen kann.

An der 103. Versammlung der Gesellschaft Deutscher Naturforscher und Ärzte in Weimar, nahmen über 2100 Besucher teil, davon mehr als 1200 aus der Bundesrepublik und 100 aus Westberlin. Der starke Andrang überraschte. Die nächste Versammlung ist für 1966 nach Wien einberufen worden. Höhepunkt der Tagung war ein Vortrag von Nobelpreisträger Prof. Werner Heisenberg über seine Forschungen zur Theorie der Elementarteilchen.

Die Ford-Stiftung will der TU Berlin helfen: Sie hat rund zwei Mio. DM in Aussicht gestellt, die vor allem der Finanzierung des Austausches von Wissenschaftlern dienen sollen. Der Austausch ist mit dem Massachusetts-Institut of Technology in Boston vorgesehen. Bis zu 25 Lehrern beider Hochschulen sollen jährlich ausgetauscht werden.

Die Radioaktivität für die Landwirtschaft nutzbar zu machen, ist die Aufgabe des neuen Instituts für die Anwendung kerntechnischer Verfahren in der Landwirtschaft in Wageningen in den Niederlanden. Das mit Hilfe von Euratom errichtete Institut wurde jetzt eingeweiht. Eine niederländische Stiftung trägt das Institut und hat einen 20 Jahre laufenden Assoziationsvertrag über eine finanzielle Beteiligung mit Euratom abgeschlossen. Es ist die erste Forschungsstätte dieser Art in Europa. Zu seiner Ausstattung gehören ein Kernreaktor, ein Elektronengenerator und ein Gammastrahler.

Eine Röntgen-Fluoreszenz-Anlage für analytische Untersuchungen hat die Bundesrepublik der internationalen Atomenergiekommission (IAEO) zur Verfügung gestellt. Die Anlage soll im Laboratorium Seibersdorf bei Wien aufgestellt werden und bei verschiedenen Forschungsvorhaben genutzt werden.

Das medizinische Staatsexamen haben 3 013 Studenten in Westberlin und im übrigen Bundesgebiet im Wintersemester 1962/63 und Sommersemester 1963 abgelegt. 955 erfolgreiche Kandidaten waren Studentinnen. 91 Studierende — davon elf Studentinnen — bestanden das Examen nicht. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes betrug der Anteil der ausländischen Examenkandi-

daten 438, von denen 49 das Examen nicht bestanden. Im gleichen Zeitraum wurden 2 056 medizinische Promotionen vorgenommen. Das Statistische Bundesamt hob hervor, daß die Quote der nicht bestandenen Abschlußprüfung in Fächern mit einer Vorprüfung niedriger sei als bei anderen Fächern. Rund 9,5 Prozent der Medizinstudenten haben ihr Physikum nicht bestanden.

Ein Institut für theoretische Physik hat die internationale Atomenergiekommission in Triest eröffnet. Wichtigste Studienthemen des ersten Jahres sind die Physik hoher Energiebereiche, die Physik der Elementarteilchen und die Plasmaphysik. Erster Direktor des Instituts wurde Professor Salam vom Londoner Imperial College.

Pläne zur Bildung eines internationalen Krebsinstituts wurden auf einer internationalen Konferenz Anfang Oktober in Paris erörtert. Deutsche, amerikanische, britische und italienische Experten sowie Vertreter der Weltgesundheitsorganisation waren an den Verhandlungen beteiligt. Konkrete Vorschläge zur Errichtung des internationalen Instituts sollen den Regierungen in Kürze vorgelegt werden.

Pläne einer internationalen Universität für Studenten aus den Entwicklungsländern erörterte der kulturpolitische Berater der burmesischen Regierung, Prof. Thed, in Bonn mit Vertretern der Länder und des Bundes. Nach seinen Vorstellungen sollten drei dieser Hochschulen in Asien, Afrika und Lateinamerika gegründet und durch Entwicklungshilfe unterstützt werden. Thed äußerte sich in Bonn skeptisch über die Nützlichkeit eines Studiums junger Menschen aus den Entwicklungsländern unter europäischen Bedingungen. In der Bundeshauptstadt haben diese Pläne starke Beachtung gefunden, da sie sich weitgehend mit deutschen Erfahrungen decken.

Keine Einigung über das Euratom-Forschungsprogramm erzielte der EWG-Ministerrat in der dritten Runde seiner Beratungen. Die französische Delegation weigerte sich, den 1963 beschlossenen zweiten Fünfjahresplan nach Vorschlag der EWG-Kommission um 38 Millionen Dollar aufzustocken. Für eine Erhöhung setzten sich die Niederlande ein. Die deutsche Delegation — Staatssekretär Wolfgang Cartellieri vom Bundesforschungsministerium führte den Vorsitz — bemühte sich um einen Kompromiß. Ende Oktober wird der Ministerrat erneut über diese Fragen beraten. Frankreich strebt ein Schwerpunktprogramm an, um die Entwicklung von schnellen Brutreaktoren und Natureaktoren voranzutreiben. Die Bundesrepublik möchte einen Teil der Grundlagenforschung auf Euratom übertragen.

An der Tierärztlichen Hochschule Hannover wurde, nachdem ein Ordinariat für Zoologie mit einem entsprechenden Institut geschaffen worden ist, der ordentliche Lehrstuhl für Parasitologie und vet. med. Zoologie sowie das gleichnamige Institut in „Lehrstuhl für Parasitologie“ umbenannt. Der ordentliche Lehrstuhl für Pharmakologie wurde in „Lehrstuhl für Pharmakologie, Toxikologie und Pharmazie“ umbenannt.

Die dreitägige Generalkonferenz der UNESCO wurde am 20. Oktober in Paris eröffnet. Die 115 Mitgliedsstaaten der Organisation, darunter auch die Bundesrepublik, werden durch Delegationen vertreten sein. Die Konferenz soll über Programm und Budget für die Arbeiterperiode 1965/66 beraten. Der Zweijahreshaushalt ist mit fast 47,5 Millionen Dollar angesetzt. Der Haushalt steigt gegenüber 1963/64 um 22 Prozent.

Das Klinikum Mannheim der Universität Heidelberg wird am 5. November eröffnet. Bereits am 10. November beginnen die Vorlesungen und Kurse für das erste klinische Semester. 50 bis 60 Studierende können sofort aufgenommen werden. In zwei Jahren werden die Heidelberger Ausbildungsstätten durch das Klinikum Mannheim um 240 Medizin-Studenten entlastet. Die Studierenden des Klinikums Mannheim sind an der Universität Heidelberg immatrikuliert. Anfragen wegen einer Immatrikulation sind an das Studentensekretariat der Universität Heidelberg zu richten.

Vertrauensdozenten der Studienstiftung trafen sich in Goslar. 1965 sollen rund sieben Millionen Mark für die Förderung von 2000 Stipendiaten der Stiftung aufgebracht werden.

Politische Bildung an den Schulen will die SPD durch Buchspenden fördern. Rund 4 000 Schulen sollen politische, historische und soziale Literatur jeweils im Wert von 200 Mark erhalten. Pädagogische Hochschulen sollen jeweils Bücher im Wert von 400 Mark erhalten. Über

2000 Buchwünsche sind bereits beim Parteivorstand der SPD eingegangen. Das Programm wird mit Mitteln, die der Partei innerhalb des Bundeshaushalt für staatsbürgerliche Erziehung zur Verfügung gestellt werden, finanziert. Die Sozialdemokraten wollen mit den gleichen Mitteln Dissertationen und Habilitationsschriften über sozial- und gesellschaftspolitische Themen fördern. Auch Studentenwohnheime sollen Buchsendungen erhalten.

Vor einer „Bildungsscheu“ junger Menschen warnte der schleswig-holsteinische Kultusminister von Heydebreck. Der Minister widersetzte sich Plänen zur Beschränkung des Fremdsprachenunterrichtes auf zwei Pflichtfächer an den Gymnasien. Er sah in diesem von der Kultusministerkonferenz angestrebten Weg keine Möglichkeit, die Zahl der Abiturienten zu steigern. Eine solche Haltung führe zu einem Qualitätsverlust.

Für eine regelmäßige Überprüfung der Förderungsbeträge nach dem „Honnefer Modell“ setzte sich das Kuratorium des Deutschen Studentenwerkes ein: Alle zwei Jahre sollen Bund und Länder prüfen, ob die Studienbeiträge noch den gestiegenen Lebenshaltungskosten entsprechen. Das Deutsche Studentenwerk befürwortete eine Erhöhung der Förderungsbeträge von gegenwärtig 250 auf 320 Mark.

Eine bessere Bezahlung von Angestellten in Kernforschungsinstituten hat die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft verlangt. Die DAG hat eine Gruppe Kernforschung gegründet und betonte, daß in ausländischen Kernforschungszentren die Bezahlung bis zu 300 Prozent über den in der Bundesrepublik gezahlten Gehältern lägen.

Der Zustand der Franck'schen Stiftungen in Halle bereitet den Behörden der Sowjetzone erhebliche Sorgen. Nach Angaben des Westberliner „Informationsbüro West“ ist eine Renovierung der seit 270 Jahren bestehenden Stiftungsgebäude notwendig. Die Anlagen der Stiftung wurden nach 1945 zum Teil der Martin-Luther-Universität und dem Rat der Stadt übergeben. Über die erforderlichen Mittel verfügen weder die Universität noch die Stadt Halle.

Der British Council verleiht für das Studienjahr 1965/66 wiederum eine Anzahl von Stipendien zu Studien- oder Forschungszwecken an britischen Universitäten oder hochschulgeschlossenen Lehr- und Forschungsanstalten. Interessant für die Stipendiaten ist dabei, daß sie während ihres Aufenthaltes ihren individuellen Studien- oder Forschungsarbeiten nachgehen können. Erforderliche Vorbedingung für die Bewerbung um einen Stipendienaufenthalt ist ein abgeschlossenes Hochschulstudium. Außerdem müssen die Bewerber das 25. Lebensjahr überschritten haben und über gute englische Sprachkenntnisse in Wort und Schrift verfügen. Das Stipendium, das in der Regel 10 Monate währt, besteht aus den Reisekosten, den Unterrichtsgebühren, den monatlichen Unterhaltskosten und einem Zuschuß von ca. DM 280,— für Bücher und Lehrmittel. Als Neuerung hat der British Council eingeführt, daß ab dem Studienjahr 1965/66 erstmalig zwei Robert-Birley-Stipendien, die eine Laufzeit von drei Jahren haben, an junge Deutsche verliehen werden. Diese dreijährigen Stipendien haben den Zweck, den Studenten ein volles akademisches Studium an den Universitäten Oxford, Cambridge oder an einer anderen britischen Universität zu ermöglichen. Das Studium schließt mit der Erlangung des ersten akademischen Grades der betreffenden britischen Universität ab. Anfragen sind in beiden Fällen zu richten an: The British Council, Köln, Hahnenstr. 6.

Entwurf für ein neues Hochschulgesetz in Hessen

Zu dieser Kurz-Meldung im Hochschul-Dienst vom 8. Oktober 1964, Seite 9, schreibt uns Prof. D. Niebergall, Rektor der Universität Marburg/Lahn, unter anderem folgendes:

„Als derzeitiger Vorsitzender der Hessischen Rektorenkonferenz möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, daß die von Ihnen gebrachte Meldung, soweit sie die Universitätsrektoren betrifft, in keiner Weise zutrifft. Die Rektoren der hessischen Hochschulen hatten am 29. 9. 1964 in einer Besprechung mit Herrn Kultusminister Schütte lediglich eine Reihe von Gesichtspunkten, die für das neue Hochschulgesetz maßgebend sein sollten, zur Kenntnis genommen. Es kann keine Rede davon sein, daß die Rektoren der hessischen Hochschulen diesen Gesichtspunkten zugestimmt haben; sie haben vielmehr Herr Kultusminister Dr. Schütte gegenüber sich jegliche Stellungnahme vorbehalten.“

Aus der Arbeit der Studentenschaft

VDS fordert Überprüfung der Darlehensbestimmungen

Der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) hat erneut gefordert, die Pflichtdarlehen in der allgemeinen Studentenförderung nach dem Honnefer Modell abzuschaffen. Gegenwärtig wird der Förderungsbetrag — unabhängig von seiner Höhe — zu 40 Prozent als Darlehen vergeben. Die Vergaberichtlinien — aber auch die niedrigen Förderungssätze (Höchstsumme zur Zeit 250,— DM) — machen einen Verzicht auf den Darlehensanteil unmöglich.

Der Studentenverband hatte sich erst kürzlich für eine Anhebung des Förderungsmaßbetrages auf 320,— DM ausgesprochen, dabei aber betont, daß auch diese Summe nicht die tatsächlichen Lebens- und Studienkosten deckt. Größere Anschaffungen an Kleidung und Lernmaterial müßten anderweitig finanziert werden. Auch der vollgeförderte Student sei deshalb auf Darlehen angewiesen, sofern er nicht sein Studium durch Werkarbeit unterbrechen wolle.

Erhöhung der Förderungsbeträge in Sicht?

Die Vorschläge des Verbandes Deutscher Studentenschaften (VDS) zur Anhebung des Förderungsmaßbetrages im Honnefer Modell haben ein positives Echo gefunden. Bundesinnenminister Höcherl schreibt an den VDS: „Da es stets mein Wunsch gewesen ist, die Studienförderung an den wissenschaftlichen Hochschulen so weiterzuentwickeln, daß sie den ihr gestellten Aufgaben jederzeit gerecht wird, werde ich Ihre Vorschläge sorgfältig prüfen und mich bemühen, für eine angemessene Verbesserung die Zustimmung der dafür zuständigen Stellen, insbesondere der geldgebenden Instanzen, zu gewinnen“.

Die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) hat dem VDS-Vorstand brieflich ihre Unterstützung bei der Durchsetzung seiner Forderung zugesichert.

Studententag in Bonn

Der VIII. Deutsche Studententag ist unter dem Motto „Was ist dem Staat der Nachwuchs wert?“ vom 26. bis zum 29. April nach Bonn einberufen worden. Rund 800 Studenten werden in 22 Arbeitskreisen Fragen der Ausbildungsförderung, der Bildungsplanung und der wirtschaftlichen Selbsthilfe diskutieren. Ursprüngliche Pläne, den Studententag nach Stuttgart zu vergeben, ließen sich aus organisatorischen Gründen nicht verwirklichen.

Deutsch-Tschechisches Studentenseminar

Der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) bereitet zur Zeit in Zusammenarbeit mit dem Hochschulrat des tschechoslowakischen Jugendverbandes (CSM) ein erstes deutsch-tschechisches Studentenseminar vor, das vom 1. bis 8. November in Gauting bei München stattfinden soll. Das Thema wurde vereinbarungsgemäß von den Gästen vorgeschlagen. Es lautet: „Die Rolle des Studenten in der Gesellschaft“.

Der Teilnehmerkreis soll auf je 15 deutsche und tschechoslowakische Studenten beschränkt bleiben.

Es handelt sich bei diesem Seminar um das erste größere Projekt im Rahmen der zwischen VDS und CSM getroffenen Austauschvereinbarungen, die unter anderem auch die Entsendung von Delegationen und Kulturgruppen vorsehen.

Bereits im Frühjahr des Jahres 1965 wird der CSM in Prag ein zweites Seminar veranstalten, dessen Thema dann vom VDS vorgeschlagen wird.

Uni Münster: Anwesenheitskontrolle in Vorlesungen

In allen Anfänger- und Einführungsvorlesungen der Juristischen Fakultät Münster werden in Zukunft — laut Vorlesungs-Verzeichnis für das Wintersemester 1964/65 — Anwesenheitskontrollen durchgeführt. In einem Fakultätsbeschuß vom Juli dieses Jahres heißt es kategorisch: „Fernbleiben von der Vorlesung führt zur Nichtanerkennung der Vorlesung im Studienbuch“.

Nicht betroffen von dieser Regelung sind Lehrveranstaltungen, die

— als Voraussetzung fürs Examen besucht werden müssen oder

— nach 13.00 Uhr stattfinden.

Die Münsteraner Studenten sind allerdings skeptisch, ob die Entscheidung der Professoren realisierbar ist: In den großen Hörsälen der Juristischen Fakultät finden im Durchschnitt etwa 300 Studenten Platz. Die Zahl der Zwangshörer dürfte jedoch um einiges darüber liegen.

15 Jahre WUS in Deutschland

Der deutsche World University Service (WUS), eine Vereinigung von Professoren und Studenten, wird in diesen Tagen 15 Jahre alt. Der WUS hat sich zum Ziel gesetzt, die internationale Solidarität zu fördern und in Not geratene Studenten zu unterstützen.

In der letzten Septemberwoche des Jahres 1949 wurde die Organisation in Heidelberg wiedergegründet, nachdem sie zu Beginn des Dritten Reiches für Deutschland verboten worden war.

Der World University Service, dessen Internationales Generalsekretariat in Genf sitzt, hat Nationale Komitees in über 50 Ländern. Durch Geld und Sachpenden versucht der WUS zumal den Studenten in den Entwicklungsländern zu helfen. Nach beiden Weltkriegen erhielt auch die deutsche Studentenschaft wertvolle Unterstützung durch die zahlreichen nationalen WUS-Komitees.

Der breiten Öffentlichkeit ist der deutsche WUS besonders durch die vorweihnachtlichen Verkaufsausstellungen „Basar fremder Völker“ bekannt geworden. Mit dem Erlös dieser Ausstellungen, auf denen kunsthandwerkliche Waren aus aller Welt angeboten werden, helfen die deutschen Studenten ihren Kommilitonen in Asien, Afrika und Lateinamerika beim Auf- und Ausbau ihrer Universitäten. In der Bundesrepublik und West-Berlin gibt es in 16 Hochschulstädten örtliche WUS-Komitees. Das Deutsche Komitee e. V. in Bonn wird Ende Oktober zur 16. Jahreshauptversammlung nach Hamburg eingeladen.

PERSONALIA

BERUFUNGEN UND ERNENNUNGEN

a) ordentliche Professoren

Berlin (FU): Prof. Dr. Otto von Simson/Paris wurde auf den ordentlichen Lehrstuhl für Kunstgeschichte berufen.

Bonn: Prof. D. Otto Plöger (Alttestamentliche Wissenschaft) erhielt einen Ruf auf das Ordinariat für Altes Testament an der Kirchlichen Hochschule Berlin.

Clausthal-Zellerfeld: Prof. Dr. Heinz Beckmann (Erdölgeologie) wurde ein persönliches Ordinariat und die Amtsbezeichnung ordentlicher Professor verliehen.

Darmstadt: Prof. Dr.-Ing. Wilhelm Klein wurde auf den ordentlichen Lehrstuhl für Allgemeine Nachrichtentechnik berufen.

Erlangen-Nürnberg: Privatdozent Dr. phil. Kurt Wölfel/Göttingen (Deutsche Philologie) wurde zum ordentlichen Professor für Neuere deutsche Literaturgeschichte ernannt.

Frankfurt: Privdozent Dr. jur. Friedrich Geerds/Kiel (Strafrechtsverfahren) wurde auf den neu errichteten dritten Lehrstuhl für Strafrecht (Kriminologie) berufen und zum ordentlichen Professor ernannt.

Freiburg: Prof. Dr. rer. nat. Hans Marschall (Theoretische Physik) erhielt einen Ruf auf den neu geschaffenen ordentlichen Lehrstuhl für Theoretische Physik an der TH Hannover. Einen weiteren Ruf erhielt Prof. Marschall von der Universität Würzburg auf das ebenfalls neu geschaffene Ordinariat für Theoretische Physik. — Prof. Dr. phil. Dieter Oberndörfer (Wissenschaftliche Politik und Soziologie) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Politische Wissenschaften an der Universität Bochum.

Gießen: Prof. Dr. rer. nat. Fritz Anders/Saarbrücken (Zoologie und Genetik) wurde zum ordentlichen Professor ernannt und auf den Lehrstuhl für Genetik berufen. — Privatdozent Dr. med. Max Frimmer (Veterinär-Pharmakologie) wurde zum ordentlichen Professor ernannt.

Hamburg: Privatdozent Dr. phil. Janpeter Kob/Münster hat den an ihn ergangenen Ruf auf das Ordinariat für Soziologie an der Akademie für Wirtschaft und Politik angenommen.

Heidelberg: Privatdozent Dr. phil. Michael von Albrecht/Tübingen wurde zum ordentlichen Professor ernannt und ihm ein Ordinariat für Klassische Philologie übertragen.

Kiel: Prof. Dr. rer. pol. Reimut Jochimsen/Freiburg (Volkswirtschaftslehre) wurde zum ordentlichen Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften ernannt.

Mainz: Prof. Dr. phil. Gotthold Rhode (Osteuropäische Geschichte, Mittlere und Neuere Geschichte) hat einen Ruf auf das Ordinariat für Osteuropäische Geschichte an der Universität Bochum erhalten.

München (TH): Prof. Dr. Hans-Jörg Mang wurde zum ordentlichen Professor für Theoretische Physik ernannt. — Prof. Dr. rer. nat. Heinz Gerischer (Physikalische Chemie) wurde zum ordentlichen Professor ernannt.

Münster: Prof. D. theol. Franz Hesse (Alttestamentliche Theologie und Exegese) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Alttestamentliche Theologie an der Universität Erlangen-Nürnberg. — Prof. Dr. Johannes Gerhardus Remmers/Nymegen wurde zum ordentlichen Professor ernannt und ihm das Ordinariat für Geschichte und Theologie der Östlichen Kirchen übertragen. — Prof. Dr. Fritz Hollwich/Jena wurde zum ordentlichen Professor ernannt und ihm das Ordinariat für Augenheilkunde übertragen. — Prof. Dr. Marvin Spevack (Englische Philologie) wurde zum ordentlichen Professor ernannt.

Tübingen: Prof. Dr. phil. Walter Mönch/Mannheim (Romanistik, insbesondere Romanische Wirtschaftssprachen) wurde auf das Ordinariat für Romanische Philologie berufen. — Prof. Dr. Hans Zähler/TH Zürich wurde auf das Ordinariat für Mikrobiologie berufen.

Würzburg: Apl. Prof. Dr. phil. Erika Simon/Heidelberg wurde zur ordentlichen Professorin der Klassischen Archäologie ernannt.

b) außerordentliche Professoren

Gießen: Dr. agr. Helga Schmucker/München (Wirtschafts- und Arbeitslehre des Haushalts) wurde zum außerordentlichen Professor ernannt und auf das Extraordinariat ihres Faches berufen.

Heidelberg: Dozent Dr. phil. Helmut Neubauer/München (Geschichte Osteuropas und Südosteuropas) wurde zum außerordentlichen Professor ernannt und ihm der Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte übertragen.

Münster: Prof. Dr. med. Heinz Caspers (Neurophysiologie) wurde zum außerordentlichen Professor ernannt unter gleichzeitiger Verleihung der akademischen Rechte eines ordentlichen Professor (persönlicher Ordinarius); es wurde ihm das Extraordinariat seines Faches übertragen.

c) Honorarprofessoren

Heidelberg: Dr. rer. nat. Kurt Sauer/Freiburg (Angewandte Geologie und Geophysik) wurde zum Honorarprofessor ernannt. — Dr. Arnold Schoch, Leiter der Forschungsabteilung für Beschleuniger des Europäischen Instituts für Kernphysiologische Forschung (Cern) in Genf, wurde zum Honorarprofessor ernannt.

München (TH): Dr.-Ing. Erwin Ziebart, stellvertretendes Mitglied des Vorstandes und technischer Leiter der Krauss Maffei AG. München-Allach, wurde zum Honorarprofessor für Ödraulik bestellt.

d) Wissenschaftliche Räte

Heidelberg: Dr. phil. Helmut Gneuss erhielt einen Ruf auf den außerordentlichen Lehrstuhl für Englische Philologie an der Universität München. — Dr. Olaf Weis, wiss. Assistent beim Institut für Angewandte Physik, wurde zum Wissenschaftlichen Rat ernannt.

Kiel: Apl. Prof. Dr. agr. Heinz Vetter (Acker- und Pflanzenbau) wurde zum Wissenschaftlichen Rat ernannt für das Fachgebiet Spezieller Pflanzenbau. — Prof. Dr. med. Helmut Leonhardt/Erlangen (Anatomie) wurde zum Wissenschaftlichen Rat ernannt. — apl. Prof. Dr. med. Dietrich Trincker (Physiologie) wurde zum Wissenschaftlichen Rat ernannt.

Köln: Privatdozent Dr. rer. nat. Heinz Joachim Pohley (Entwicklungsphysiologie) wurde zum Wissenschaftlichen Rat ernannt.

Mainz: Prof. Dr. Harro Heuser (Mathematik) wurde die akademische Würde eines außerplanmäßigen Professors verliehen und zum Wissenschaftlichen Rat ernannt.

Münster: Dozent Dr. Hans-Walter Georgii/Frankfurt (Meteorologie) wurde zum Wissenschaftlichen Rat ernannt.

Tübingen: Privatdozent Dr. rer. nat. German Müller (Mineralogie) wurde zum Wissenschaftlichen Rat für das Fach Sedimentpetrographie ernannt. Dr. Müller erhielt einen Ruf auf den außerordentlichen Lehrstuhl für Mineralogie und Petrographie an der Universität Heidelberg.

e) außerplanmäßige Professoren

Bonn: Dozent Dr. theol. Georg Streckler (Neues Testament) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt. — Dozent Dr. Hans-Dieter Beckey (Physikalische Chemie) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Clausthal-Zellerfeld: Privatdozent Dr. phil. habil. Sigismund Kienow wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt.

Freiburg: Privatdozent Dr. phil. Willibald Sauerländer (Kunstgeschichte) und Privatdozent Dr. med. Fritz Mündinger (Neurochirurgie) wurden zu außerplanmäßigen Professoren ernannt. — Prof. Dr. phil. Wolfgang Kullmann (Klassische Philologie) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl seines Faches an der Universität Marburg.

Hamburg: Prof. Dr. phil. Walther Lammers (Mittlere und Neuere Geschichte) erhielt einen Ruf auf das Ordinariat seines Faches an der Universität Frankfurt. — Prof. Dr. med. Helmut Remé (Chirurgie) erhielt einen Ruf auf das Ordinariat seines Faches an der zu errichtenden Medizinischen Akademie Lübeck.

Mainz: Privatdozent Dr. med. Gerhard Müller (Anatomie) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt. — Privatdozent Dr. agr. Otto Siegel (Agrikulturchemie) wurde zum außerplanmäßigen Professor ernannt. — Prof. Dr. med. Walter Becker (Hals-, Nasen- und Ohrenheilkunde) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl seines Faches an der Universität Bonn.

München: Zu außerplanmäßigen Professoren wurden ernannt: Privatdozent Forstmeister Dr. Richard Plochmann (Forstwissenschaft), Privatdozentin Oberregierungsrätin Dr. Helga Schmucker (Statistik), Privatdozent Dr. Rüdiger Beer (Anästhesiologie), Privatdozentin Dr. Susanne von Berlin (Kinderheilkunde) und Privatdozent Dr. Kurt Senf (Gynäkologie und Geburtshilfe).

Münster: Prof. Dr. med. Heinz Wolf Müller-Limmoth (Physiologie) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Arbeitsphysiologie der TH München.

Tübingen: Prof. Dr. rer. nat. Karl-Gustav Bergner, Direktor der Chemischen Landesuntersuchungsanstalt Stuttgart, erhielt einen Ruf auf den außerordentlichen Lehrstuhl für Lebensmittelchemie an der TH Stuttgart.

f) Dozenten und Privatdozenten

Freiburg: Privatdozent Dr. rer. nat. Bogdan Povh (Physik) erhielt einen Ruf auf das Extraordinariat für Experimentalphysik an der Universität Heidelberg. — Dr. Walter Greiner (Theoretische Kernphysik) erhielt einen Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Theoretische Physik I der Universität Frankfurt.

Hamburg: Privatdozent Dr. phil. Wolfgang Köllmann (Sozial- und Wirtschaftsgeschichte) erhielt einen Ruf auf das Ordinariat seines Faches der Universität Bochum.

Mainz: Privatdozent Dr. rer. nat. Hans-Joachim Cantow (Physikalische Chemie) erhielt einen Ruf auf den neu geschaffenen außerordentlichen Lehrstuhl für Physikalische Chemie der Makrosubstanzen an der Universität Freiburg.

München: Zu Universitätsdozenten wurden ernannt: Dr. Horst-Dieter Dellmann (Anatomie, Histologie und Embryologie), Dr. Albrecht Schmid (Pharmakologie und Toxikologie), Dr. Gerhard Terplan (Tierärztliche Nahrungsmittelkunde einschließlich Schlachtier- und Fleischuntersuchung sowie Milchkunde), Dr. Franz Kutschera (Logik und Grundlagenforschung), Dr. Helmut Neubauer (Geschichte Ost- und Südeuropas) und Dr. Friedrich Wilhelm (Indologie und Tibetologie).

Münster: Dozent Dr. rer. pol. Erwin Scheele (Volkswirtschaftslehre) erhielt einen Ruf auf ein Ordinariat seines Faches an der TH Karlsruhe. — Dozent Dr. phil. Heinz Heckhausen (Psychologie) erhielt einen Ruf auf das Ordinariat seines Faches an der Universität Bochum. — Privatdozent Dr. med. Friedrich Hilgenberg (Kinder-

heilkunde und Kardiologie des Kindesalters) wurde zum beamteten Dozenten ernannt.

Tübingen: Privatdozent Dr. med. Gerd Griesser (Allgemeine Chirurgie) erhielt einen Ruf auf das Ordinariat für Medizinische Dokumentation und Statistik an der Universität Kiel.

HABILITATIONEN UND VERLEIHUNG DER „VENIA LEGENDI“

München (TH): Die Lehrbefugnis wurde erteilt an: Privatdozent Dr.-Ing. Gerhard Eichhorn für das Fachgebiet Vermessungskunde und Automation im Vermessungswesen, Privatdozent Dr.-Ing. Herbert Knorr für das Fachgebiet Kartographie, Privatdozent Dr.-Ing. Josef Eisenmann für das Fachgebiet Eisenbahnbau und Straßenbau, Privatdozent Dr. rer. nat. Franz Lux für das Fachgebiet Radiochemie und Anorganische Chemie und Privatdozent Dr. rer. nat. Thomas Kruck für das Fachgebiet Anorganische Chemie.

Münster: Die venia legendi wurde erteilt an: Dr. rer. nat. Hans-Jürgen Höhling für das Fach Medizinische Physik, Privatdozent Dr. Wolfram Naumann für das Fach Japanologie und Dr. rer. nat. Alfred Kreuzberger für das Fach Pharmazeutische Chemie.

LEHRAUFTRÄGE

Bonn: Prof. Dr. jur. Friedrich Wilhelm Bosch/Bochum wurde ab WS 1964/65 ein unbesoldeter Lehrauftrag für das Fachgebiet Grundzüge des bürgerlichen und öffentlichen Rechts erteilt.

Clausthal-Zellerfeld: Dr. rer. nat. Hellmut Trawinski/Wiesbaden erhielt einen Lehrauftrag über das Fachgebiet Mechanische Trennverfahren. — Dr. Oskar Rösner, Chefingenieur bei der Bleihütte Oker, wurde für das WS 1964/65 ein Lehrauftrag über das Fachgebiet Hüttenmännische Gewinnung von seltenen Metallen erteilt.

Gießen: Folgende Lehraufträge wurden erteilt an: Jan-Peter Ponten für das Fach Übungen in der Niederländischen Sprache und Literatur, Dr. phil. Ludwig Schmidts für das Fach Übungen in der Rumänischen Sprache und Literatur, Dr. rer. nat. Ulrich Horne mann für das Fach Geophysik, Dr. Martin Scheele für das Fach Wissenschaftliche Dokumentation und Obermedizinalrat Dr. med. Dieter Saalman für das Fach Gesundheitsfürsorge.

Münster: Studienrat Dieter Ronicke erhielt für das WS 1964/65 einen besoldeten Lehrauftrag für griechische und lateinische Sprache. — Prof. Dr. Dr. Wolfram Fischer erhielt bis zum Abschluß des WS 1964/65 einen besoldeten Lehrauftrag für Wirtschaftsgeschichte. — Dr. Alfred Hartlieb von Wallthor erhielt ab WS 1964/65 für die Dauer eines Jahres einen unbesoldeten Lehrauftrag für Westfälische Landesgeschichte mit besonderer Rücksicht auf die Neuere Geschichte.

VERTRETUNGEN

Bonn: Dozent Dr. Richard Hentzschke/Münster (Altes Testament) wurde für das WS 1964/65 mit der Vertretung seines Faches beauftragt. — Privatdozent Dr. med. Günter Langendöfer (Geburtshilfe und Frauenheilkunde) wurde für die Dauer des WS 1964/65 längstens jedoch bis zur Wiederbesetzung mit der Vertretung des Lehrstuhls seines Faches beauftragt.

Mainz: Dr. jur. Marcus Lutter (Bürgerliches Recht, Handelsrecht, freiwillige Gerichtsbarkeit, Rechtsvergleichung) übernimmt im WS 1964/65 die Vertretung eines Lehrstuhls für Bürgerliches Recht an der Universität Freiburg.

München (TH): Prof. Dr. agr. habil. Dr. phil. Paul Rintelen (Wirtschaftslehre des Landbaues) wurde bis auf weiteres mit der kommissarischen Vertretung des Lehrstuhls für Angewandte landwirtschaftliche Betriebslehre und mit der kommissarischen Leitung des dazu gehörigen Instituts beauftragt. — Privatdozent Dr. rer. nat. Harmen Störck/TH Hannover wurde mit der kommissarischen Wahrnehmung des Lehrstuhls für Wirtschaftslehre des Gartenbaues und der vertretungsweisen Leitung des dazu gehörigen Instituts beauftragt.

Münster: Privatdozent Dr. Wolfgang Steinbrecher wurde für die Dauer des WS 1964/65, längstens jedoch bis zur Wiederbesetzung, mit der Vertretung des Lehrstuhls für Neurologie und Psychiatrie am Klinikum Essen beauftragt. — Prof. Dr. phil. Karl Knauer wurde bis zum 31. 1. 1965 mit der Vertretung des Lehrstuhls für Romanische Philologie beauftragt.

BEURLAUBUNGEN

Münster: Prof. D. theol. Kurt Aland, D. D., (Kirchengeschichte und Neutestamentliche Einleitungswissenschaft) wird für die Dauer des SS 1965 beurlaubt, um sich seinen im Landesinteresse liegenden Arbeiten widmen zu können. — Prof. Dr.-Ing. Helmut Koch (Betriebswirtschaftslehre) wurde für die Dauer des WS 1964/65 beurlaubt, um sich voll seinen im Landesinteresse liegenden Arbeiten widmen zu können, ebenso Prof. Dr. jur. Hans Brox (Bürgerliches Recht, Handelsrecht, Arbeitsrecht, Zivilprozeßrecht).

EMERITIERUNGEN

Darmstadt: Prof. Dr.-Ing. Alfred Mehmel (Massivbau) wurde von seinen amtlichen Verpflichtungen entbunden.

Gießen: Prof. Dr.-Ing. Karl Stöckmann (Landmaschinen) wurde von seinen amtlichen Verpflichtungen entbunden.

Hannover (TH): Prof. Dr.-Ing. Wilhelm Quade (Höhere Mathematik) ist auf seinen Antrag von seinen amtlichen Verpflichtungen entbunden worden.

München: Prof. Dr. Erich Thiel (Wirtschaftsgeographie) wurde mit Ablauf des Monats September 1964 auf seinen Antrag hin von seinen amtlichen Verpflichtungen entbunden.

AUSSCHIEDEN AUS DEM DIENST

München: Apl. Prof. Dr. Alfred Bertho (Chemie) trat mit Ende des Monats September in den Ruhestand.

ABGELEHNTE BERUFUNGEN

Berlin (FU): Prof. Dr. phil. Wilhelm Berges (Mittelalterliche Geschichte und Historische Hilfswissenschaften) hat den Ruf auf den Lehrstuhl für Mittelalterliche Geschichte an der Universität Freiburg abgelehnt.

Freiburg: Prof. Dr. rer. pol. Heinz Müller (Volkswirtschaftslehre) hat den Ruf auf ein Ordinariat für Wirtschaftstheorie an der Universität Bonn abgelehnt. — Apl. Prof. Dr. med. Rolf Hassler, Direktor des Max-Planck-Instituts für Hirnforschung, hat den Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Neurologie an der Universität Basel abgelehnt.

Hamburg: Prof. Dr. phil. Dietrich Gerhardt (Slavistik) hat den Ruf auf ein Ordinariat seines Faches an der Universität Heidelberg abgelehnt.

Hannover (TH): Prof. Dr.-Ing. Eduard Pestel (Mechanik) hat den Ruf auf den neu geschaffenen Lehrstuhl seines Faches an der TH München und an der TH Stuttgart abgelehnt.

Heidelberg: Prof. Dr. phil. Rudolf Sühnel (Anglistik) hat den Ruf auf das neu geschaffene Ordinariat seines Faches an der Universität Göttingen abgelehnt.

Mainz: Prof. Dr. med. Paul Klein (Medizinische Mikrobiologie) hat den Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Hygiene und Bakteriologie an der Universität Würzburg abgelehnt.

Münster: Prof. Dr. jur. Dieter Nörr (Römisches und Bürgerliches Recht) hat den Ruf auf ein Ordinariat seines Faches an der Universität Tübingen abgelehnt. — Prof. Dr. med. Heinz Caspers (Physiologie) hat den Ruf auf den ordentlichen Lehrstuhl für Arbeitsphysiologie an der TH München abgelehnt.

Tübingen: Prof. Dr. rer. nat. Ernst Bayer (Organische Chemie) hat den Ruf auf einen Lehrstuhl seines Faches an der University Houston/Texas abgelehnt.

AKADEMISCHE EHRUNGEN

a) Ehrenpromotionen

Mainz: Prof. D. theol. Rudolf Lorenz (Kirchen- und Dogmengeschichte) wurde von der Universität Göttingen die Würde eines Ehrendoktors verliehen. — Bischöflicher Rat und Konzilsperitus Josef GULDEN/Leipzig wurde die Würde eines Doktors der Theologie ehrenhalber verliehen.

Münster: Prof. Dr. sc. pol. Walther Hoffmann (Volkswirtschaftslehre) wurde von der Freien Universität Berlin Grad und Würde eines Doktors der Wirtschaftswissenschaften ehrenhalber verliehen. — Prof. Dr. med. Martin Reichardt/Würzburg (Psychiatrie und Nervenheilkunde) wurde von der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät Grad und Würde eines Doktors der Jurisprudenz ehrenhalber verliehen.

Tübingen: Prof. Dr. med. Dr. med. h. c. Dr. med. dent. h. c. Ulf Svante Hansson v. Euler Chelpin/Stockholm wurde die Würde eines Ehrendoktors der Medizin verliehen.

VON DEN WISSENSCHAFTLICHEN AKADEMIEN, GESELLSCHAFTEN UND INSTITUTEN

Freiburg: Frau Dr. Inge Lehmann / Kopenhagen wurde von der Deutschen Geophysikalischen Gesellschaft mit der Ernst-Wichert-Medaille ausgezeichnet.

Heidelberg: Prof. Dr. rer. nat. Karl-Heinrich Böhm (Theoretische Astrophysik) wurde von der Internationalen Astronomischen Union zum Präsidenten der Kommission für Theorie der Sternatmosphäre gewählt.

München: em. Ordinarius Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Hans Piloty (Nachrichtentechnik) wurde der Ehrenring des Vereins Deutscher Elektroingenieure (VDE) verliehen.

Tübingen: Dozent Dr. med. dent. Erich Körber (Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde) wurde von der Deutschen Gesellschaft für Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde der Arnold-Biber-Preis 1963 verliehen.

TITELVERLEIHUNGEN UND AUSZEICHNUNGEN

München (TH): Prof. Dr. rer. nat. Rudolf Mössbauer (Experimentalphysik) wurde das Große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik verliehen. —

München: Prof. Dr. phil. Dr. med. h. c. Feodor Lynen (Chemie), Direktor des Max-Planck-Instituts für Zellchemie, wurde zusammen mit Prof. Dr. Conrad Bloch / USA mit dem Nobelpreis für Medizin und Physiologie ausgezeichnet.

SONSTIGE ERNENNUNGEN UND AUFTRÄGE

Bonn: Dr. Rudolf Wedemeyer wurde zum Kustos am Physikalischen Institut ernannt. — Dr. Jakob Höges wurde zum Kustos am Versuchsgut Frankenforst ernannt. — Dr. Gisela Heimer wurde zur Bibliotheksassessorin ernannt.

Mainz: Dr. Theodor Schreiner wurde zum Kustos am II. Zoologischen Institut ernannt.

MITGLIEDSCHAFT IN AUSLÄNDISCHEN WISSENSCHAFTLICHEN GESELLSCHAFTEN

Bonn: Prof. Dr. Robert Potonié (Kohlenpetrographie) wurde von der Internationalen Organisation für Paläobotanik zum Ehrenmitglied gewählt. — Prof. Dr.-Ing. E. H. Erwin Gigas (Physikalisch-Geodätische Meßmethoden) wurde zum Ehrenmitglied der Königlich-Schottischen Geographischen Gesellschaft ernannt.

Heidelberg: Dr. med. Eduard Seidler, wiss. Assistent am Institut für Geschichte der Medizin, wurde zum ordentlichen Mitglied der Société Française d'Histoire de la Médecine gewählt.

BERUFUNGEN UND EINLADUNGEN DEUTSCHER WISSENSCHAFTLER INS AUSLAND

Freiburg: Dr. Walter Greiner (Theoretische Kernphysik) erhielt einen Ruf als Associate Professor für Theoretische Physik an der University Virginia/USA.

Mainz: Prof. Dr. rer. nat. Christian Junge (Meteorologie) hat einen Ruf an das National Centre of Atmospheric Research in USA erhalten. — Privatdozent Dr. phil. Gilbert Helmbert von Weitersdorf (Mathematik) erhielt einen Ruf auf ein Extraordinariat für Analysis und Theoretische Wahrscheinlichkeitsrechnung an der Technischen Hochschule in Eindhoven/Niederlande.

GEBURTSTAGE

Aachen: Prof. Dr. phil. habil. Hans Jebesen-Marwedel (Technologie des Glases) vollendet am 25. 10. sein 65. Lebensjahr.

Bonn: Prof. Dr. med. Karl Schmidt (Augenheilkunde) vollendet am 25. 10. sein 65. Lebensjahr.

Heidelberg: Prof. Dr. jur. Dr. jur. h. c. Max Gutzwiller (Römisches und Deutsches bürgerliches Recht) vollendete am 1. 10. sein 75. Lebensjahr.

München: Prof. Dr. rer. pol. Dr. phil. Dr. rer. nat. h. c. Karl Vanselow (Biologische Ertragslehre und Forsteinrichtung) vollendete am 17. 10. sein 85. Lebensjahr. — Prof. Dr.-Ing. Theodor Dombart (Geschichte der Baukunst im Alten Orient und in der Antike) vollendete am 8. 10. sein 80. Lebensjahr. — Prof. Dr. med. Dr.-Ing. Karl Dirr (Klinische und Physiologische Chemie) vollendet am 27. 10. sein 70. Lebensjahr.

Aus Wissenschaft und Kultur hören Sie:

23. 10.

Die Internationale Radiouniversität. Sport und Gesellschaft. Prof. Dr. Herbert Reindell/Freiburg: Sport und Volksgesundheit. (Österr. Rdf. II, 14.35).

Lebendiges Wissen. Naturforscher und Ärzte in Weimar. Bericht über eine Tagung. (Hess. Rdf., 16.45).

Abendstudio. Aggression und Anpassung (I). Eine Diskussion zwischen Psychoanalytikern, Verhaltensforschern und Soziologen. (Hess. Rdf. II, 22.00).

24. 10.

Die Reportage. Kampf dem Krebs. Berichte aus der Forschung. (SWF, 16.10).

25. 10.

Lebendige Wissenschaft. Prof. Dr. Gerhard Heß/Bad Godesberg: Die Bedeutung der Wissenschaftsförderung. (SDR, 10.00).

Die Aula, die Stunde der Universität. Prof. Dr. Gerhard Heß/Bad Godesberg: Wissenschaft und Gesellschaft (II). (SWF, 10.30).

26. 10.

Die Internationale Radiouniversität. Hugo von Hofmannsthal. Biographie bis 1900. Von Prof. Dr. Helmuth Fiechter. (Österr. Rdf. II, 14.35).

Aus Wissenschaft und Technik. Bausteine der Materie (II). Positive und negative Ladung. Von Prof. Dr. György Marx/Budapest. (NDR II, 19.35).

Die Bundesrepublik — ein Land ohne Zukunft? Probleme des deutschen Bildungswesens (II). (Saarl. Rdf., 21.00).

Kongressbericht. Internationale Tagung für Fettwissenschaft. Bericht aus Hamburg. (Deutschlandfunk, 22.00).

27. 10.

Ein Leben für die Wissenschaft. Bernhard Baule. Mit dem Professor für Mathematik an der Technischen Hochschule Graz spricht Dr. Karl Logar. (Österr. Rdf. I/Grau, 14.25).

Wohin führt die Wissenschaft? Fragen an deutsche Gelehrte. 12. Gespräch: Prof. Dr. Kurt Klöppel und Dr. Eckart Heimendahl. (Radio Bremen II, 21.35).

Das Salzburger Nachtstudio. Der Mensch im Kosmos. Prof. Dr. Heimo Dolch/Bonn: Die Kausalität im Kosmos. (Österr. Rdf. II, 17.15).

Deutsche Forschungsinsitute und Museen. VI. Der Zoologische Garten in Hannover. Von Dr. Richard Gerlach (Saarl. Rdf. II, 22.15).

28. 10.

Aus der Forschungsarbeit unserer Hochschulen. Prof. Dr. Franz Stoessl: Die Bereicherung der griechischen Literatur durch Papyrusfunde. (Österr. Rdf. II, 17.15).

Aus Wissenschaft und Forschung. (Deutschlandfunk, 17.30). **Hochschulnachrichten.** (Saarl. Rdf. II, 17.55).

Das Abendstudio. Prof. Dr. Karl Jaspers/Basel: Kleine Schule des philosophischen Denkens (5). Eine politische Diskussion. (Bayer. Rdf. II, 19.30).

Lebendiges Hellas — Das Erbe der griechischen Antike (6). Prof. Dr. Harald Reiche: Das Drama. (Bayer. Rdf. Studienprogramm, 20.15).

Der menschliche Körper (6). Prof. Dr. Hans Schaefer: Die Atmung. (Bayer. Rdf. Studienprogramm, 20.45).

Kleine Schule des philosophischen Denkens (6). Prof. Dr. Karl Jaspers: Das Werden des Menschen in der Politik. (Bayer. Rdf. Studienprogramm, 21.40).

29. 10.

Aus Wissenschaft und Forschung. (Deutschlandfunk, 10.10).

Bildungsfragen der Gegenwart. Gewissen und Gewalt — Ein Kolloquium zwischen Professoren und Studenten der Hochschule für Erziehung in Frankfurt. Von Prof. Dr. Heinz-Joachim Heydorn. (Hess. Rdf. II, 17.15).

Zeitfunk aus Forschung und Technik. (SWF/UKW II, 17.45).

Studentenfunk. Die deutsche Hochschulbürokratie. (Hess. Rdf. II, 20.15).

Neues aus der Wissenschaft. (Hess. Rdf. II, 20.25).

Die Vorlesung. Prof. Dr. Gunther Lehmann/Dortmund: Industrielle Arbeit gestern, heute und morgen (I). (Hess. Rdf. II, 20.30).

Aus Wissenschaft und Technik. Die wöchentliche Umschau. (SDR/UKW II, 21.30).

Internationale Rundfunk-Universität. 1. Der befragte Mensch. Die empirischen Umfrageverfahren. Von Dr. Egon Becker/Frankfurt. — 2. Der zeitgenössische Roman: Österreich. Tradition und Moderne. Von Dr. Joseph Strelka/Wien. — 3. Maser und Laser. Zukunftsperspektiven. Von Prof. Dr. Michel-Yves Bernard/Paris. (Hess. Rdf. II, 22.00).

Aus dem Hochschulleben. Kommentare und Berichte (SDR/UKW II, 22.40).

30. 10.

Die Internationale Radiouniversität. Hugo von Hofmannsthal (2). Bibliographie von 1900 bis 1918. Von Prof. Dr. Hellmuth Fiechtner. (Österr. Rdf. II, 14.35).

Wissen für alle. Prof. Dr. Leonhard Franz: Instinkt und Intellekt. Verhaltensweise von Mensch und Tier. (Österr. Rdf. II, 17.15).

Aus Naturwissenschaft und Technik. (WDR, 17.20).

31. 10.

Aktuelle Naturwissenschaft. Aus Forschung und Technik in England und Übersee. (SFB II, 12.00).

Soziale Gerechtigkeit und demokratische Ordnung. Ein Gespräch mit Prof. Dr. Friedrich Hayek/Freiburg. (Österr. Rdf. II, 17.10).

Das Lutherbild im 19. und 20. Jahrhundert. Von Prof. Dr. Heinrich Bornkamm. (SWF/UKW II, 22.10).

1. 11.

Lebendige Wissenschaft. Prof. Dr. Josef Pieper/Münster: Muße und menschliche Existenz. (SDR, 10.05).

Die Aula, die Stunde der Universitäten. Prof. Helmut Thieliicke/Hamburg: Vom Sinn des Lebens (I). (SWF, 10.30).

Planung entwickelt eine neue Mentalität. Von Prof. Dr. Hartmut von Hentig. (Saarl. Rdf. I, 11.15).

2. 11.

Die Internationale Radiouniversität. Hugo von Hofmannsthal (3). Prof. Dr. Helmuth Fiechtner: Das letzte Lebensjahrzehnt. (Österr. Rdf. II, 14.35).

Aus Forschung und Technik. DESY — Vorstoß ins Innerste der Materie. Zur Einweihung des Deutschen Elektronen-Synchrotrons in Hamburg. (Zweites Deutsches Fernsehen, 20.15).

616 Jahre Karls-Universität. Von Dr. Jan Havranek. (Radio Bremen II, 21.30).

3. 11.

Deutsche Forschungsinstitute und Museen. I. Freies Deutsches Hochstift und Goethemuseum in Frankfurt. (Saarl. Rdf. II, 18.45).

Wer hat Angst vor Franz Kafka? Konferenzen und Diskussionen, erklärt von Prof. Dr. Eduard Goldstücker und Dr. Klaus Wagenbach. (Radio Bremen II, 20.00).

Das Salzburger Nachtstudio. Der Mensch im Kosmos. Prof. Dr. Rainer Schubert-Soldern/Wien.: Der Mensch im Reich des Lebendigen. (Österr. Rdf. II, 22.15).

4. 11.

Aus der Forschungsarbeit unserer Hochschulen: Fluor-forschungen am Hygienischen Institut der Universität Innsbruck. Ein Gespräch mit Prof. Dr. Alfred Schinzel. (Österr. Rdf. II, 17.15).

Aus Wissenschaft und Forschung. (Deutschlandfunk, 17.30).

Hochschulnachrichten. (Saarl. Rdf. II, 17.55).

Das Abendstudio. Prof. Dr. Karl Jaspers: Kleine Schule des philosophischen Denkens (6). Das Werden des Menschen in der Politik. (Bayer. Rdf. II, 19.30).

Lebendige Hellas — Das Erbe der griechischen Antike (7). Prof. Dr. Harald Reiche: Vorsokratiker (I). (Bayer. Rdf. Studienprogramm, 20.15).

Der menschliche Körper (7). Prof. Dr. Hans Schaefer: Stoff- und Energiewechsel. (Bayer. Rdf., Studienprogramm, 20.45).

Kleine Schule des philosophischen Denkens (7). Prof. Dr. Karl Jaspers: Erkenntnis und Werturteil. (Bayer. Rdf. Studienprogramm, 21.40).

5. 11.

Aus Wissenschaft und Forschung. (Deutschlandfunk, 10.10).

Die Teile des Unteilbaren. Aus dem Europäischen Forschungszentrum CERN in Genf. (Deutschlandfunk, 15.05).

Zeitfunk aus Forschung und Technik. (SWF/UKW II, 17.45).

Studentenfunk. Hochschulnotizen. (Hess. Rdf. II, 20.15).

Neues aus der Wissenschaft. (Hess. Rdf. II, 20.25).

Die Vorlesung. Prof. Dr. Gunther Lehmann/Dortmund: Industrielle Arbeit gestern, heute und morgen (II). (Hess. Rdf. II, 20.30).

Bildung und Gesellschaft (3). Zwischenbilanz der Universitätsgründungen. Eine Dokumentation von W. Purucker, A. Schardt und U. Spinnarke. (Bayer. Rdf., Studienprogramm, 20.45).

Das kranke Herz (6). Der erhöhte Blutdruck. Von Prof. Dr. Robert Heintz/Frankfurt. (SDR/UKW II, 21.00).

Wissenschafts-Notizen. (Radio Bremen II, 21.05).

Aus Wissenschaft und Technik. Die wöchentliche Umschau. (SDR/UKW II, 21.30).

Forum der Wissenschaft. Wissenschaft und Hochschulen in der Tschechoslowakei. (Radio Bremen II, 21.30).

Internationale Rundfunk-Universität. 1. Der befragte Mensch. Wie entsteht ein Fragebogen? Von R. Schmidt/Frankfurt. — 2. Die Sakralkunst der Bogomilen. Die Grabsteinbilder. Von Prof. Dr. Alojz Benac/Sarajevo. (Hess. Rdf. II, 22.00).

6. 11.

Die Internationale Radiouniversität. Hugo von Hofmannsthal (4). Prof. Dr. Helmuth Fiechtner: Das dichterische Werk. (Österr. Rdf. II, 14.35).

7. 11.

Aktuelle Naturwissenschaft. Alexander Marfeld berichtet aus Forschung und Technik. (SFB II, 11.15).

Erwachsenenbildung heute. Internationale Umschau. Von Dr. Karl A. Grüner. (SFB II, 11.30).

Autorität in der demokratischen Gesellschaft. Über den Sinn, die Grenzen und den Wandel der Autorität in der Schule referiert Dr. G. Wunberg. Es diskutieren mit dem Referenten: Prof. Dr. H. Bohnenkamp, Prof. Dr. A. Mitscherlich, Prof. Dr. R. König. (WDR III, 20.00)

Kulturpolitischer Kommentar. Von Prof. Dr. Hans Wenke/Hamburg. (NDR II, 21.05).

Das Lutherbild im 19. und 20. Jahrhundert (II). Von Prof. Dr. Heinrich Bornkamm. (SWF/UKW II, 22.10).

8. 11.

Lebendige Wissenschaft. Prof. Dr. Theodor Eschenburg/Tübingen: Findet Zensur doch statt? (SDR, 10.05).

Die Aula, die Stunde der Universitäten. Prof. Helmut Thieliicke: Vom Sinn des Lebens (II). SWF, 10.30).

Von der Verantwortung der Gebildeten. Prof. Joseph Kroll erzählt an seinem 75. Geburtstag aus vierzig Jahren akademischen Lebens in Köln. (WDR II, 22.00).

9. 11.

Aus Wissenschaft und Technik. Bausteine der Materie III — Omega minus. Von Prof. György Marx/Budapest. (NDR II, 19.35).

Kongreßbericht. Zeitgeist 1924—1929. Aus der Gesellschaft für Geistesgeschichte. Bericht aus Hofgeismar. (Deutschlandfunk, 22.00).